

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amfliches.

Gröfzung des Landtags.

Berlin, 14. Januar 1862.

Nach vorhergegangenen Gottesdienst in der königl. Schloßkapelle und der St. Hedwigskirche versammelten sich heute Mittags 12 Uhr die durch die Allerhöchste Verordnung vom 21. Dez. v. J. einberufenen Mitglieder beider Häuser des Landtags der Monarchie im Weißen Saale des königl. Schlosses. Nachdem Sr. Majestät dem Könige gemeldet worden war, daß die Mitglieder des Landtags und die zu dieser Feierlichkeit Eingeladenen versammelt seien, erschienen Allerhöchstdieselben, geleitet von den Prinzen des königl. Hauses. Mit einem dreimaligen Hoch empfangen, nahmen Allerhöchstdieselben auf dem Throne Platz und verlasen folgende Gröfzungrede:

Erlauchte, edle und liebe Herren von beiden Häusern des Landtags!

Ihre Thätigkeit beginnt in ernster Zeit.

Nachdem Gottes Rathschluß die Krone mit der Bürde ihrer Pflichten und Rechte auf Mein Haupt gelegt, habe Ich diesem Meinem Königlichen Rechte an heiliger Stätte die Weihe gegeben. Die Theilnahme Meines Volkes an dieser Feier hat bewiesen, daß seine Liebe und Treue, welche der Stolz und die Kraft Meiner Vorfahren waren, mit der Krone auch auf Mich übergegangen sind. Solche Kundgebungen konnten Meinen festen Vorsatz nur stärken, Meine königlichen Pflichten im Geiste Meiner Ahnen für das Wohl und die Größe Preußens zu üben.

Mit Mir hat Preußen dem Allmächtigen gedankt, als Seine starke Hand den Frevel gnädig abwendete, der Mein Leben bedrohte. Mit Mir beklagen Sie heute den unersehbaren Verlust, den die Vorsehung über ein großes befreundetes Reich und über ein Königshaus verhängt hat, welches dem Meinigen durch die theuersten Bande der Verwandtschaft verbunden ist.

Die Lage des Landes ist im Allgemeinen befriedigend.

Ackerbau, Gewerbe und Handel zeigen eine fortschreitende Regsamkeit, wenn auch zu Meinem Bedauern einzelne Zweige des Verkehrs durch Störungen in den gewohnten Beziehungen zum Auslande leiden.

Die Eisenbahnen haben wesentlich dazu beigetragen, Ueberfluß und Mangel an Bodenerzeugnissen in den verschiedenen Landestheilen auszugleichen. Auf ihre weitere Ausdehnung bleibt die Fürsorge Meiner Regierung gerichtet.

Die nach dem östlichen Asien entsendete Mission hat den größten Theil ihrer Aufgabe durch den Abschluß von Verträgen mit China und Japan bereits glücklich gelöst. Ich hoffe, daß unser Seehandel die ihm durch diese Verträge eröffneten und gesicherten Bahnen mit Erfolg betreten wird.

Sowohl diese beiden Verträge als der zur Erleichterung der Schifffahrt über Ablösung des Stader Zolles geschlossene Vertrag werden Ihnen zu verfassungsmäßiger Zustimmung vorgelegt werden.

Das deutsche Handelsgesetzbuch wird bald — ich erwarte es mit Zuversicht — Gemeingut des größten Theiles von Deutschland sein. Im Anschlusse an dasselbe werden Ihnen einige Gesetzentwürfe zu weiterer Förderung der Interessen des Handels, wie zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Seeleute zugehen.

Von größerem Gewicht sind andere Entwürfe, welche Meine Regierung vorlegen wird. Sie werden Ihnen beweisen, daß Ich, Meinen Grundjagen getreu, den Ausbau unserer Verfassung vor Augen habe.

Die Vorlagen, welche die Umbildung gegenwärtig bestehender Einrichtungen bezwecken, geben Zeugniß, daß Meine Regierung die Reformen nicht zurückhält, welche durch tatsächliche Verhältnisse und das gleichmäßig zu berücksichtigende Wohl aller Stände begründet sind.

Die Ausführung des Gesetzes vom 29. Mai v. J. wegen anderweiter Regelung der Grundsteuer hat unter entgegenkommender und loyaler Mitwirkung der Grundbesitzer ungeachtet der großen zu überwindenden Schwierigkeiten so erfreuliche Fortschritte gemacht, daß die rechtzeitige Beendigung des Veranlagungswerks erwartet werden darf.

Die Finanzen des Staats sind in befriedigender Lage. Der gesteigerte Ertrag verschiedener Einnahme-

zweige begründet die Hoffnung, daß ein erheblicher Theil des für das verfloßene Jahr erforderlichen Zuschusses zu den Kosten der Heeresorganisation seine Deckung in Mehreinnahmen finden wird.

Der mit gewissenhafter Sorgfalt aufgestellte Staatshaushaltsetat ergibt für das laufende Jahr eine weitere Steigerung der Einnahmen. Dadurch sind die Mittel gewährt, neue als nützlich oder nothwendig erkannte Ausgaben zu bestreiten und den durch die Reform des Heeres bedingten Zuschuß zu vermindern. Soweit derselbe für diesen Zweck neben den Steuerzuschlägen erforderlich bleibt, welche bis zur Erhebung der regulirten Grundsteuer nicht entbehrlich sein werden, finden sich die Mittel dazu in dem noch unverwendeten Ueberschusse des Jahres 1860. Es wird daher voraussichtlich so wenig im laufenden Jahre wie in den beiden vorhergehenden Jahren eine Verminderung des Staatsschatzes eintreten.

Bei der Feststellung des für die reorganisirte Armee erforderlichen finanziellen Bedarfs sind die Rücksichten strengster Sparsamkeit beachtet worden. Eine weitere Ausdehnung derselben würde die Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres, folglich dessen Lebensbedingungen und damit die Sicherheit des Vaterlandes gefährden.

Im Verfolg der Reorganisation wird Meine Regierung Ihnen einen Entwurf in Betreff einiger Abänderungen des Gesetzes vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vorlegen. Derselbe ist dazu bestimmt, den seit Erlaß jenes Gesetzes unabwieslich hervorgetretenen Bedürfnissen unseres Kriegswesens abzuweichen, so wie den geltenden Verordnungen über die Verpflichtung zum Seedienst eine gesetzliche Grundlage zu geben.

In Bezug auf die nunmehr glücklich beseitigten Entwicklungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika hatte Ich Meinen Gesandten in Washington mit Weisungen versehen lassen, welche ihn in den Stand setzten, die Rechte der neutralen Schifffahrt zu wahren und der Sache des Friedens kräftig das Wort zu reden.

Meine Begegnung mit dem Kaiser der Franzosen im Laufe des verfloßenen Herbstes hat mir dazu beitragen können, die bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Unseren beiderseitigen Staaten noch günstiger zu gestalten. Die Verhandlungen über eine vertragmäßige Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen dem Zollverein und Frankreich dauern fort.

Meine ernsten und unausgesetzten Bemühungen, eine zeitgemäße Revision der Wehrverfassung des Deutschen Bundes herbeizuführen, haben zu Meinem Bedauern ein befriedigendes Ergebnis bisher noch nicht gewährt. Inzwischen ist Meine Regierung bestrebt, im Wege der Vereinbarung mit einzelnen deutschen Staaten, eine größere Gleichmäßigkeit in den militärischen Einrichtungen anzubahnen und dadurch die Wehrhaftigkeit Deutschlands zu erhöhen. Die in diesem Sinne mit der Herzoglich Sachsen-Koburg-Gothaischen Regierung abgeschlossene Konvention wird Ihnen zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden.

In gleicher Weise widmet Meine Regierung der wichtigen Angelegenheit der Vertheidigung der Deutschen Küsten und der Entwicklung unserer Flotte, für welche sich überall ein so erfreuliches Streben kundgegeben und durch patriotische Beiträge innerhalb und außerhalb Preußens bethätigt hat, ihre unausgesetzte Sorgfalt. Wir beklagen die Verluste, welche unserer jungen Marine hoffnungsvolle Kräfte entrisen haben. Aber solche Unfälle, die keiner Flotte erspart bleiben, können das Gewicht der Gründe, welche eine rasche Erhöhung unserer Wehrkraft zur See verlangen, nur vermehren. Der zur Regelung dieser beschleunigten Entfaltung bestimmte Gründungsplan unterliegt der abschließenden Berathung Meiner Regierung.

Das Bedürfnis einer allgemeinen Reform der Bundesverfassung hat neuerlich auch im Kreise der Deutschen Regierungen von verschiedenen Seiten ausdrückliche Anerkennung gefunden. Treu den nationalen Traditionen Preußens, wird Meine Regierung unablässig zu Gunsten solcher Reformen zu wirken bemüht sein, welche, den wirklichen Machtverhältnissen entsprechend, die Kräfte des Deutschen Volkes energischer zusammenfassen und Preußen

in den Stand setzen, den Interessen des Gesamt-Vaterlandes mit erhöhtem Nachdruck förderlich zu werden.

Zu Meinem lebhaften Bedauern ist der Verfassungsstreit in Kurhessen noch nicht geschlichtet. Ich will jedoch, selbst den letzten Ereignissen gegenüber, an der Hoffnung festhalten, daß den Bemühungen Meiner Regierung, welche fortwährend auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831, unter Abänderung der den Bundesgesetzen widersprechenden Bestimmungen derselben, gerichtet sind, der endliche Erfolg nicht fehlen wird.

Meine und die Kaiserlich östreichische Regierung sind mit der Königlich dänischen Regierung auf deren Wunsch in vertrauliche Unterhandlungen eingetreten, um eine vorläufige Grundlage für eine Verständigung zwischen dem Deutschen Bunde und Dänemark über die Frage der Herzogthümer zu gewinnen. Wir halten dabei sowohl an dem Bundesrecht, als an bestimmten internationalen Vereinbarungen fest, und es gereicht Mir zur lebhaften Genugthuung, daß hierin das vollste Einverständnis nicht nur zwischen Mir und dem Kaiser von Oestreich, sondern auch zwischen Uns und allen Unsern übrigen deutschen Bundesgenossen besteht.

Meine Herren! Sie sind berufen, im Verein mit Meiner Regierung die Gesetzgebung, welche in einer großen Zeit begonnen wurde, weiter zu führen. Wie jene Reformen bestimmt waren, dem Patriotismus des preussischen Volkes ein größeres Feld der Bethätigung zu eröffnen und dadurch dessen Aufschwung vorzubereiten, so erwarte Ich von der gegenwärtigen Fortführung jener Gesetzgebung die gleiche Wirkung.

Die Entwicklung unserer Institutionen muß im Dienste der Kraft und der Größe unseres Vaterlandes stehen. Niemals kann Ich zulassen, daß die fortschreitende Entfaltung unseres inneren Staatslebens das Recht der Krone, die Macht und Sicherheit Preußens in Frage stelle oder gefährde.

Die Lage Europa's fordert einträchtiges Zusammenwirken zwischen Mir und Meinem Volke. Ich zähle auf die patriotische Unterstützung seiner Vertreter.

Nach Beendigung der Rede erklärte an Stelle des Staatsministers v. Auerswald, welcher durch Krankheit zu erscheinen verhindert war, der Staatsminister von der Heydt im Namen Sr. Majestät des Königs den Landtag für eröffnet.

Se. Majestät verließen darauf den Saal unter wiederholtem dreimaligen Lebehoch der Versammlung.

Berlin, 15. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem ersten Adjutanten Sr. Majestät des Königs von Schweden und Norwegen, Grand Maitre de l'Artillerie Baron von Wrede und dem herzoglich sachsen-gothaischen Staatsminister, Wirklichen Geheimen Rath Freiherrn von Seebach, den königl. Kronenorden erster Klasse; dem fürstlich schwarzburg-sondershausenschen Staatsminister, Wirklichen Geheimen Rath von Glesner, dem herzoglich sachsen-meiningenschen Oberhofmeister Freiherrn von Uechtritz, und dem herzoglich nassauischen Generalmajor, Freiherrn von Reichbach-Bürresheim, den königl. Kronenorden zweiter Klasse mit dem Stern; dem kaiserl. französischen Obersten Borel, dem in Diensten Sr. Majestät des Königs Viktor Emanuel stehenden Obersten, Grafen Robilant, dem königl. schwedischen Oberstleutnant in der Garde und Flügel-Adjutanten von Edholm, dem fürstl. schamburg-lippeischen Regierungspräsidenten Freiherrn von Lauer-Münchhausen, und dem fürstl. lippeischen Kabinettsminister von Heimbold, den königl. Kronenorden zweiter Klasse; dem kaiserl. französischen Eskadrons-Chef Marquis d'Alzac, den kaiserl. französischen Hauptleuten Broge und Baulgrenat, dem kaiserl. französischen Rittmeister d'Espenil, dem in St. Petersburg angestellten königl. spanischen Legationssekretär Diaz del Moral, den in Diensten Sr. Majestät des Königs Viktor Emanuel stehenden Offizieren: Major Marquis Cocconito, Rittmeister Marquis Pallavicino, dem Hauptmann Grafen Gianotti und dem königl. schwedischen Hauptmann von Dencranz, sowie den königl. hannoverschen Offizieren: Major von Landesberg und Hauptmann Freiherrn von Brandis und dem königl. schwedischen Kammerherrn Grafen von Platen den königlichen Kronenorden dritter Klasse; ferner: den kaiserl. französischen Lieutenants Marquis d'Arcourt und de Castries, dem in Diensten Sr. Majestät des Königs Viktor Emanuel stehenden Lieutenant Grafen Sigala, sowie dem königl. schwed. Lieutenant von Harmens den königl. Kronenorden vierter Klasse zu verleihen; dem Oberstleutnant und Flügel-Adjutanten Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Zugelfingen die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers der Franzosen Majestät ihm verliehenen Kommandeur-Kreuzes des Ordens der Ehren-Legion zu ertheilen.

Der praktische Arzt zc. Dr. Plaetsche zu Sprottau ist zum Kreis-Physikus des Kreises Sprottau ernannt worden.

Der bisherige Kreisgerichts-Rath Berndt in Zeig ist vom 1. April d. J. ab zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Nordhausen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Halberstadt mit Anweisung seines Wohnsitzes in Nordhausen und mit der Verpflichtung, ernannt worden, statt seines bisherigen Titels „Kreisgerichts-Rath“ fortan den Titel „Justizrath“ zu führen.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist von Dresden hier eingetroffen.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Prinz Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen von Roschentin.

Se. Excellenz der Erb-Landmarschall im Herzogthum Schlesien, Kammerherr Graf von Sandrecky-Sandraschütz von Langenbielau.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Appellationsgerichts-Chef-Präsident Graf von Rittberg, aus Glogau.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Dienstag 14. Jan., Nachmittags. Mit dem Dampfer „Amerika“ sind über Queenstown Nachrichten aus New York vom 31. v. M. eingetroffen. Die Aufregung wegen der Trentaffäre war vorüber und die Sprache der amerikanischen Presse gegen England gemäßigter. Die „Handelszeitung“ glaubt, daß die Antwort Seward's an Lord Lyons keine Lösung der nationalen Frage bedinge, aber es England freistelle, sich der Sache zu entziehen, ohne daß von Seward vorgeschlagene Befehle zu verneinen oder sich demselben anzuschließen. England aber könne ehrenhafterweise nicht so handeln. Die „New York Times“ besteht auf einem internationalen Kongreß behufs Regelung der internationalen Frage.

London, Dienstag 14. Jan., Abends. Nachrichten aus New York vom 1. Jan. melden, daß man daselbst glaubte, Mason und Slidell würden sich auf den in einigen Tagen von Boston abgehenden Dampfer „Niagara“ nach Europa einschiffen. Die Hauptbanken der Vereinigten Staaten hatten im Allgemeinen ihre Baarzahlungen eingestellt. Mehrere Banken in New York setzten jedoch ihre Baarzahlungen fort; die Kupons der öffentlichen Schuld, welche am 1. Januar fällig sind, werden baar ausgezahlt werden. Die „Handelszeitung“ glaubt, daß die Einstellung der Baarzahlungen nicht das Ende, sondern erst der Anfang der gegenwärtigen Zustände sei; es müßten die direkten Steuern vollständig im Verhältnis zu den nationalen Ausgaben stehen. Dies würde das einzige Mittel sein, eine große Krisis zu vermeiden. „Evening Post“ sagt, die Banken haben beschlossen, die dritte Emission der Unionsanleihe von 50 Millionen nicht anzunehmen.

Es sind Rekognoszierungen nach dem 15. englische Meilen von Beaufort entfernten Charleston gemacht worden. Ein Gerücht meldet, daß der englische Dampfer „Gladiator“, der Waffen am Bord hatte, die Blokade durchbrochen habe.

Stevens war beauftragt worden, einen Gesandtenwurf im Kongresse einzubringen, durch welchen erklärt werden soll, daß Südhäfen keine Eingangshäfen seien. Stevens tadelte in seiner Rede die Haltung Frankreichs, indem es bei der Trentaffäre intervenirt habe. Frankreich sei nicht aufzufordert worden, zu interveniren. Die Amerikaner sollten in Betracht ziehen, wie weit Frankreich und England berechtigt sein könnten, die amerikanischen Angelegenheiten zu kontrolliren. Stevens glaubt, daß die „Eugenia Smith“ ein amerikanisches Fahrzeug gewesen sei.

Es kursirte das Gerücht von einer Schlacht in Kentucky; die näheren Umstände waren nicht bekannt.

Ein Meeting der in New York wohnenden Engländer ist angeberst, um der Königin das Beileid über das Hinscheiden des Prinz-Gemahls auszudrücken.

Paris, Dienstag 14. Januar. Ein Telegramm aus Alexandrien vom 12. d. meldet, daß ein Pascha daselbst ein-

getroffen war, welcher einen Anleihevertrag mit dem Hause Oppenheim überbrachte.

Brüssel, Dienstag 14. Jan., Abends. Nach der heutigen „Independance“ hat Frankreich in Folge der Zerstörung des Hafens von Charleston bei England von Neuem Eröffnungen in Bezug auf Aufhebung der Blokade der Südhäfen gemacht. — Nach demselben Blatte sollen alle Schwierigkeiten in der Dappenthal-Angelegenheit gehoben sein. Frankreich wie die Schweiz hätten sich dahin entschieden, die letzten Beschlüsse der internationalen Kommission anzunehmen.

Petersburg, Dienstag 14. Jan. Die „Nordische Post“, das Organ des Ministers des Innern, veröffentlicht ein Dekret, durch welches das Departement des hiesigen Reichsraths für Polen, das durch die Einsetzung des polnischen Staatsraths überflüssig geworden, aufgelöst wird. — Graf Bludow ist zum Präsidenten des Reichsraths und des Ministerraths ernannt worden. Der Domänenminister General Murawiew ist entlassen und General Zeleny zum Geranten dieses Ministeriums ernannt worden.

(Eingeg. 15. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 14. Januar. [Vom Hofe; Landtag etc.] Heute Vormittag empfing der König einige Mitglieder des Herrenhauses und begab sich alsdann mit den übrigen Herrschaften nach der Schloßkapelle, wo die Mitglieder der beiden Häuser des Landtages erangelischer Konfession, die obersten Hofchargen, die Generalität etc. zum Gottesdienste versammelt waren. Die Mitglieder katholischer Konfession befanden sich in der St. Hedwigskirche. In beiden Kirchen wurde der Gottesdienst gleichzeitig um halb 11 Uhr abgehalten. — Die feierliche Eröffnung beider Häuser des Landtages erfolgte kurz nach 12 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses und ging der Art in der bekannten Weise vor sich. Der König erschien gefolgt von den königlichen Prinzen, der Generalität und den obersten Hofchargen. Die Königin und die Prinzessinnen hatten ihren Platz in der Hofloge genommen. Die Tribünen waren stark besetzt und hatten sich auch alle Ghes der hiesigen Gesandtschaften eingefunden. Die Versammlung folgte der Thronrede mit größter Spannung und schien dieselbe auch im Ganzen einen guten Eindruck zu machen. Der König betonte in der Rede besonders die Stellen, welche von der Militärfrage und von der Situation in Kurhessen und Dänemark handeln; auch den Schlußpassus sprach er mit erhobener Stimme. Das Hoch, mit welchem der König empfangen und entlassen wurde, brachte das Mitglied des Herrenhauses, Kronyndikus v. Frankenberg Ludwigsdorf aus. Statt des erkrankten Staatsministers v. Auerswald erklärte der Handelsminister v. d. Heydt den Landtag für eröffnet. Von den Mitgliedern des Herrenhauses fehlten noch viele, die Abgeordneten waren in der Mehrzahl erschienen. Nach dem Schluß der Eröffnungsfeierlichkeiten begaben sich die Landtagsmitglieder in ihre Sitzungssäle. Im Herrenhause beschäftigte man sich unter dem Vorsitz des Herrn v. Frankenberg-Ludwigsdorf mit der Präsidentenwahl, im Abgeordnetenhaus wurden die Mitglieder in die Abtheilungen verlost. Als Alterspräsident fungirte der Abg. Geheimrath Kühne. Der König begab sich vom Schlosse in sein Palais, nahm dort zunächst die laufenden Vorträge entgegen und konferirte als-

dann mit dem Handelsminister v. d. Heydt. Später empfing der König den Herzog von Ratibor, den Fürsten v. Radziwill und andere fürstliche Personen. Der Kronprinz machte auch heute wieder Herrn v. Auerswald seinen Besuch. — In der gestrigen Soirée des hiesigen Gesandten Grafen de Bannay befand sich auch der Vertreter Mecklenburgs, Generalmajor Baron v. Hopffgarten. Um 10 Uhr, so wird mir erzählt, fühlte sich der große, starke Mann plötzlich unwohl, so daß er sich aus der Gesellschaft zurückzog. Auf der Treppe wurde er vom Schläge getroffen und war auf der Stelle todt. Seine Leiche soll schon in den nächsten Tagen nach Mecklenburg gebracht werden. Der Verstorbene war in den Hof-, militärischen und diplomatischen Kreisen eine beliebte Persönlichkeit und schon seit mehreren Jahren bei unserem Hofe akkreditirt. Derselbe genoß das volle Vertrauen des Großherzogs und wurde deshalb auch zu außerordentlichen Missionen verwandt. — Bei dem Handelsminister v. d. Heydt ist heute die erste Soirée und wollen dieselbe viele Landtagsmitglieder besuchen. — Der bekannte Lotteriedeckelkollecteur Stadtrath Seeger ist seit einiger Zeit ernstlich erkrankt und ist man für sein Leben sehr besorgt.

[Entscheidungen.] Das neueste „Justiz-Ministerialblatt“ enthält ein Erkenntniß des königlichen Obergerichtes vom 22. November v. J., wonach die vom Angeklagten zur Rechtfertigung seiner Nichtigkeitsbeschwerde vorgebrachte Rüge angeblicher Verstöße gegen die Grundzüge etc. des Verfahrens eine Berücksichtigung nicht finden können, wenn er selbst die betreffenden Akten unterdrückt und so dem Nichtigkeitsrichter die Prüfung des Verfahrens unmöglich gemacht hat; und ein Erkenntniß des königlichen Obergerichtes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 8. Dez. 1860, wonach gegen Strafverfügungen der rheinischen Regierungen in solchen Angelegenheiten in denen ihnen das Entscheidungsrecht oder die Exekution zusteht, der Rechtsweg unzulässig ist.

[Demanti.] Zu der telegraphischen Depesche über den event. bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen Preußens zu Dänemark bemerkt die „Berl. Allg. Ztg.“ wörtlich: „Eingezogenen Erundigungen zufolge ist diese Nachricht unrichtig.“ In der ministeriellen Zeitung ist die Depesche gar nicht mitgetheilt.

Stralsund, 12. Jan. [Militärschlägereien.] In letzter Woche (Dienstag) haben hier blutige Kämpfe zwischen Infanterie und Marinesoldaten stattgefunden, in Folge deren mehrere der letzteren zum Theil schwer verwundet ins Lazareth gebracht wurden. Die Veranlassung dazu waren wohl großentheils Tanzboden-Rivalitäten.

Oestreich. Wien, 13. Jan. [Graf Rechberg und die Bundesreform.] Die „Presse“ schreibt: „Gleichwie das Preussische Projekt in Berlin, wurde es auch in Wien vertraulich mitgetheilt, und wenn vor Kurzem behauptet wurde, das Wiener Kabinett habe sich in neuerer Zeit in Bezug auf die deutsche Frage in keiner Weise geäußert und beobachte eine völlig reservirte Haltung, so kann dem in der bestimmtesten Weise widersprochen werden. So gut wie Preußen, hat die vertrauliche sächsische Mittheilung, und wir schlagen dieses Verdienst des Herrn v. Beust nicht gering an, Oestreich Gelegenheit geboten, anknüpfend an den Dresdener Entwurf, sich über die deutsche Frage, d. h. über die Reform des bestehenden Bundesverhältnisses, auszusprechen. Der sächsische Reformplan kam beim Grafen Rechberg nicht besser weg, als beim Grafen Bernstorff; er wurde in Wien eben so entschieden wie in Berlin abgelehnt, und es ist ferner begreiflich, daß das Wiener Kabinett in den Auseinandersetzungen seiner Ansichten über Bundesreform nicht minder entschieden als Graf Bernstorff das preussische,

Die Verwendung des Kochsalzes in der Landwirthschaft.

Ueber diesen Gegenstand hielt der Dirigent der Chemischen Versuchstation zu Ruchten bei Schmiegel, Dr. Peters, in der jüngsten Sitzung des Kosten-Fraustädter landwirthschaftlichen Vereines einen ausführlichen Vortrag, der mit so vielem Interesse von den anwesenden Mitgliedern entgegengenommen wurde, daß Sie mir erlauben wollen, denselben hier in seinen wichtigsten Momenten zu rekapituliren.

In der Einleitung gedachte der Vortragende zunächst der allgemeinen Verbreitung des Kochsalzes in der Natur, sich theils in fester Form als Steinsalz, theils in gelöster, als Bestandtheil fast aller Gewässer des Erdbodens findet. Der Salzgehalt des Meerwassers wurde erklärt durch das fortwährende Zutreten salzhaltigen Wassers (der Ströme) und die gleichzeitige, ununterbrochene Verdunstung reiner, salzfreier Wasserdämpfe. Salzquellen entstehen dadurch, daß das versickernde Regenwasser mit Steinsalzlageren oder sehr salzreichen Gesteinen zusammenstößt, das Salz auflöst und beim Herausströmen als Quelle mit sich führt. Außerdem findet sich das Salz in den organisirten Körpern des Thier- und Pflanzenreiches, und nach genauen (spektroskopischen) Unterhandlungen vom Professor Bunsen auch in der Atmosphäre. Da das Kochsalz erst bei sehr hoher Temperatur Luftgestalt annimmt, so liegt auf der Hand, daß in der Atmosphäre kein Kochsalzdampf enthalten sein kann; es ist vielmehr mit dem Wasserdampf darin suspendirt und gelangt durch die Gewalt der Winde, welche Theilchen des Meerwassers mit sich fortziehen, in dieselbe. Mit den meteorischen Niederschlägen gelangt das Salz auf die Erde zurück. Es beträgt die bei Paris in einem Jahre auf die Fläche eines preussischen Morgens niederfallende Salzmenge gegen 5 Pfd., an den Küsten Englands dagegen 50 Pfd. und darüber. — Seltner chemischen Natur nach besteht das Kochsalz aus Chlor (einem gasförmigen Stoffe) und aus einem silberweißen, sehr leicht oxydiren Metallo, dem Natrium, oder aus Salzsäure und Natron. Der Vortragende ging hierbei hewzeller auf die Begriffe: Salz, Basis, Säure u. s. w. ein, und suchte durch Experimente seine Deduktionen zu erläutern, beschrieb hierauf die im Handel vorkommenden Salzsorten und zwar: 1) das Kochsalz zum menschlichen Gebrauche (Küchenalz). Reines Chlorhydrat mit geringen Beimengungen; 2) Viehsalz. Mit Eisenoxyd roth gefärbtes und mit Wermuthpulver verlestes (denaturirtes) Stein- oder Siedesalz; 3) Düngesalz. Meist viel Gyps, Glaubersalz, Thon, Sand u. s. w. enthaltend, oft nur mit einem Gehalt von 1 1/2 - 3, doch auch bis 24 Pfd. Kochsalz im Zentner; 4) Staßfurter Abraum Salz. Reich an Kali- und Magnesiumsalzen. Die mittlere Zusammensetzung wurde angegeben zu 10 - 16 Pfd. Kalisalz, 25 - 30 Pfd. Kochsalz und ungefähr ebenso viel Chlormagnesium im Zentner (das übrige ist Wasser, Gyps u. s. w.).

Zur Verwendung des Salzes in der Landwirthschaft übergehend, wurde zuerst dessen Anwendung als Düngemittel besprochen. Obgleich schon seit den ältesten Zeiten die Düngung mit Salz bekannt ist, so wird doch erst in neuerer Zeit, in Deutschland namentlich durch die Empfehlung von Schübler, Mayer und Campadius, das Salz allgemeiner als Düngemittel verwendet. Aus Schübler's Untersuchungen geht hervor, daß das Salz bei der Keimung der Samen leicht schädlich (retardirend oder ganz verhindernd) wirkt, während es nach beendeter Keimung in mäßiger Menge die Entwicklung der Pflanzen fördert. Am empfindlichsten sind im Allgemeinen die Blattpflanzen gegen das Salz; weniger empfindlich die Gräser und Halmpflanzen. Zur Erklärung der oft beobachteten günstigen Wirksamkeit der Salzdüngung wurden sodann die direkte Ernährungsfähigkeit desselben, seine Einwirkung auf die in der lebenden Pflanze vor sich gehenden Prozesse und endlich das Verhalten des Salzes zu den Bodenbestandtheilen näher beleuchtet. Die direkte Ernährungsfähigkeit des Salzes ist im Allgemeinen nicht hoch anzuschlagen, namentlich enthalten unsere Cerealien in ihren Äschen sehr wechselnde und oft verschwindend kleine Kochsalzmengen während die Äschen anderer, namentlich rubenartiger Gewächse reich daran sind. Auf die Lebensvorgänge der Pflanzen wirkt das Salz, wie Dr.

Feuilleton.

Sachs gezeigt hat, dadurch ein, daß es die Verdunstung von Wasserdämpfen aus der Pflanze verlangsamt. Eine andere ungünstige Einwirkung ist die Behinderung der Ausbildung der Stärke und des Zuckers in den Kartoffeln und Wurzelrüben. In Tharand verminderte sich der Stärkegehalt der sächsischen Zwiebelkartoffel bei starker Salzdüngung von 22 auf 13 - 15%. Kunkelrüben enthalten bei einer Düngung mit 3 Ztr. Salz pro Morgen nur 3,28% Zucker während die nicht mit Salz gedüngten 7,12% enthielten. Im Erdboden wirkt das Salz lösend auf die im absterbenden Zustande darin enthaltenen Kali- und Ammoniakverbindungen ein und macht diese Stoffe den Pflanzenwurzeln schneller zugänglich; daher schreibt sich die oft beobachtete günstige Wirkung des Salzes in einem Boden, welcher reich ist an sogenannten „alter Kraft“. Durch Umsezung des Kochsalzes mit den Kali- und Magnesiumverbindungen des Erdbodens, bildet sich außerdem Chlor Calcium und Chlormagnesium, zwei Körper, welche in hohem Grade hygroskopisch sind. Diese Umsezung bedingt die oft bemerkte Erscheinung, daß mit Salz gedüngte Weider viel länger feucht bleiben, als andere daneben liegende nicht mit Salz gedüngte. Es wurde sodann über die Erfahrungen der landwirthschaftlichen Praxis bezüglich der Salzdüngung berichtet, welche mannigfach divergiren sind. In England wird das Salz in Menge von 2 - 3 Ztr. pro Morgen in Verbindung mit Guano oder Stallmist meistens bei Kunkelrüben verwendet, während man für Turnips das Superphosphat vorzieht. Es soll das Salz den Halm steifer machen und dadurch das Lagern des Getreides verhindern; auch soll es die Ausbildung des Samens befördern. Als Präservativmittel gegen Pflanzenkrankheiten dient in England ferner das Einquellen des Samenkorns und das Besprengen der jungen Saaten mit Salzwasser. In Frankreich wurde das Salz ebenfalls von vielen hervorragenden Landwirthern zur Düngung empfohlen. Besonders Aufsehen erregten namentlich die Düngungsversuche von Kullmann in Lille mit Salz auf Weizen dritch die günstige Wirkung, welche es besonders in Verbindung mit stickstoffhaltigen Stoffen (Ammoniaksalzen) ausübte. In Deutschland hat, wie schon erwähnt Schübler die Salzdüngung eingeführt. Neue Düngungsversuche ergaben ebenfalls oft recht günstige Resultate. In 15 auf Veranlassung des königl. preuss. Landes-Oekonomik-Kollegiums ausgeführten Düngungsversuchen wirkte das Salz 12 Mal günstig. In Bayern wirkte es als Zusatz zu stickstoffreichem Dünger vortheilhaft. Auch die im Königreich Sachsen ausgeführten Versuche sprechen meistens für die Anwendung der Salzdüngung. Die von Dr. Peters in seiner früheren Stellung als Assistent am Laboratorium des Hofrath's Stöckhardt in Tharand ausgeführten sehr zahlreichen Düngungsversuche mit Salz, ergaben sehr verschiedene, meistens aber ungünstige Resultate. Nur im Boden, welcher absterbendes Ammoniak enthielt, zeigte sich die Salzdüngung gleichbleibend vortheilhaft.

Das Mitgetheilte wurde hiernächst dahin zusammengefaßt, daß: 1) das Salz direkt während nur bei Blattpflanzen und namentlich bei rubenartigen Gewächsen wirkt, daß auch auf Weizen das Salz mit Vortheil zu verwenden ist, namentlich weil es die Qualität des Heues verbessert. Bei Palmfrüchten wirkt es direkt nicht, indess könnte es jedoch auch bei diesen Pflanzen insbesondere in reichem Boden eine Steigerung des Ertrags bewirken; 2) daß sich die angewendete Menge des Salzes a priori nicht bestimmen lasse, dieselbe vielmehr von der Bodenbeschaffenheit, der Pflanzart, der Witterung u. s. w. abhängig. Im Allgemeinen wurde jedoch eine schwächere Düngung (1 - 2 Ztr. Salz pro Morgen) anempfohlen. 3) Daß das Salz in nicht zu nahe Berührung mit dem Samen, oder der jungen Pflanzenwurzel kommen dürfe, daß man es daher möglichst tief unterbringen müsse. — Nachträglich wurde über das Staßfurter Salz noch eine kurze Mittheilung gemacht. Dies Düngemittel enthält außer Kochsalz noch Kali- und Magnesiumsalze. Die Beziehungen der letzteren zum Pflanzenleben sind uns noch fast völlig unbekannt; von den Kalisalzen dagegen wissen wir, daß sie zum Gedeihen der Pflanzen unentbehrlich sind. Die meistens bis jetzt bekannt gewordenen Düngungsversuche mit dem

Staßfurter Abraum Salz ergaben sehr günstige Resultate, namentlich die bekannten Versuche der Oekonomie-Räthe Fleck und Del. Da auch dieses Düngemittel leicht beizend wirkt, so wurde vor der Anwendung zu großer Gaben gewarnt.

In Bezug auf Verwendung des Salzes als Zugabe zum Futter der Hausthiere wurde zuvörderst das allgemeine Vorhandensein des Salzes in allen Theilen des thierischen Organismus erwähnt. Am reichlichsten findet es sich in dem Blute und merkwürdigerweise ist der Salzgehalt des Blutes bei salzreicher und salzarmer Nahrung fast ganz konstant. Ein dem Blute zugeführter Ueberschuß an Salz wird durch den Urin sehr bald wieder aus dem Körper entleert. Es wurden sodann die wichtigsten Beziehungen des Salzes zur Verdauung und dem Uebertritt des Nahrungsstoffes in den Kreislauf des Blutes und die Fortschaffung der durch die Lebensfähigkeit abgenutzten Körpertheile aus dem Organismus, unterstützt durch Experimente, erläutert. Die Notwendigkeit einer Salzzugabe zur Nahrung der Menschen und Thiere erhebt einestheils aus der Erzählung der Reisenden, welche wie Mungo Park und Livingstone längere Zeit von ungesalzener Speise lebten; andererseits aus dem Verhalten der Thiere, sich Salz oder salzreiche Nahrung zu verschaffen. (Das Belieben der Kalkwände von Vieh, der Besuch der Salzlecken von dem Wilde u. s. w.) Den im Breiten gehaltenen Thieren giebt man schon seit langer Zeit Salz; so dem auf den Alpen und spanischen Gebirgen weidenden Schafen. Bei den im Stalle gefütterten Thieren hat man erst in neuerer Zeit die Salzfütterung eingeführt, wozu besonders die Empfehlungen Boussingault's und Lehmann's beigetragen haben. Boussingault stellte seine Untersuchungen über den Einfluß des Salzgehaltes im Futter mit jungen Stieren an. Ein Theil der letzteren wurde ohne Salz gefüttert, der andere Theil erhielt per Kopf und Tag eine Zugabe von 1 Loth Salz. Außerdem wurden beide Abtheilungen gleichmäßig mit Heu, Grummet und Kunkelrüben ernährt. Nach ungefähre einem halben Jahre war die Gewichtszunahme bei den Thieren beider Abtheilungen ziemlich gleich. Ein großer Unterschied stellte sich dagegen in dem äußeren Habitus desselben heraus. Die mit Salz gefütterten zeigten eine feine, kernige Haut und glänzendes, plattanliegendes Haar, während die ohne Salz gefütterten ein struppiges, glanzloses Haar hatten; die ersteren waren überdies viel munterer. Dr. Lehmann stellte seine Versuche mit Arbeitspferden an, welche von verschiedenem Alter und so viel bekamt, vorher nie abschließliche Salzzugabe zum Futter erhalten hatten. Die Pferde beledeten die ihnen verzelegten Salzstücke mit großer Hier und ließen längere Zeit das Futter unberührt. Sie nahmen unumwunden Salz zu sich, je älter sie waren. Auch im späteren Laufe der Versuche zeigte sich, daß die aufgenommenen Salz mengen mit dem Alter der Thiere ziemlich genau korrespondirten. Bei angestrengter Arbeit nahmen sie etwas weniger, als im ruhenden Zustande. Auf die Sekretion der Milch hat das Salz nach mehreren Untersuchungen keinen Einfluß. Bei Mastvieh sind die Ergebnisse der Versuche widersprechend; einige Versuchsaufsteller (Barthmann, Sprengel u. A. bei Masthämeln, May bei Schweinen) haben einen günstigen Erfolg beobachtet, während Andere keine Einwirkung bemerkten. Das Gesamtergebnis über die Salzzugabe zum Futter wurde dahin zusammengefaßt, daß: zur naturgemäßen Existenz der Hausthiere eine Zugabe von Salz zu ihrem Futter erforderlich ist, daß die Wirkung des Salzes vorwiegend eine diätetische ist, indem es den regelmäßigen Verlauf der im Thierkörper stattfindenden Vorgänge befördert, daß es aber keine oder nur in gewissen Fällen durch Erhöhung der Verdaulichkeit des Futters, eine Erhöhung der thierischen Produktion nach sich zieht. Schließlich wurde empfohlen, die Salzaufnahme dem Belieben der Thiere anheimzustellen, wie dies von vielen Landwirthern durch Einlegen von Steinsalzstücken oder Salzlecken bereits geschieht. Auch wurde noch angegeben, daß nach den Erfahrungen mehrerer Landwirthre die Salzfütterung das Wollwachsen der Schafe befördert.

das österreichische Interesse zu wahren sucht, welches vor Allem darin besteht, Desterreich in einem möglichst engen Zusammenhange mit Deutschland zu erhalten. Aus der hier folgenden Analyse des Erlasses, mit welchem das Wiener Kabinete die Mittheilung des Herrn v. Beust beantwortete, erhält das deutsche Publikum zum erstenmale genauere Kunde von dem Standpunkte der österreichischen Regierung in der Frage der Bundesreform. Die österreichische Antwort auf die Mittheilung der vom Dresdener Kabinete gemachten Reformvorschlüge ist, wie wir zu wissen glauben, in Form einer vom 5. November v. J. datirten Depesche an den österreichischen Gesandten in Dresden, Freiherrn v. Werner, gehalten, welcher zugleich die Befehle erhält, Abschrift dieser Depesche sammt Beilage in den Händen des königlich sächsischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zurückzulassen. Die Depesche beginnt mit der Mittheilung, daß Graf Rechberg die sächsischen Reformvorschlüge nach Einlaufen derselben unverweilt dem Kaiser unterlegt hat, und daß er nunmehr in der Lage sei, in Vollziehung der allerhöchsten Befehle dem sächsischen Kabinete die Ergebnisse der reiflichen Erwägung zur Kenntniß zu bringen, deren Gegenstand der Dresdener Reformentwurf in Wien gewesen ist. Vor Allem, bemerkt die österreichische Depesche, habe man in Wien nicht geglaubt, bei der gegenwärtigen Sachlage eine umfassende, in alle Details des sächsischen Entwurfs eindringende Untersuchung vornehmen zu müssen. Es könne sich nur um die Aufstellung einiger allgemeiner Gesichtspunkte handeln, welche den Vorschlägen Sachens gegenüber für den Standpunkt des österreichischen Kabinetts besonders wichtig sind. Diese allgemeinen Gesichtspunkte seien nun allerdings derart, daß sie den sächsischen Reformplan, dessen Wichtigkeit und Tragweite durchaus nicht verkannt werden soll, nicht nur in seiner Grundidee, sondern auch in seinen Einzelheiten berühren. Im Prinzip sei das österreichische Kabinete damit einverstanden, daß eine Reform der deutschen Bundesverfassung im volkshümlichen Sinne zu Stande gebracht werde; auch solle die Initiative hierzu von den Mittelstaaten ausgehen; aber dies könne das österreichische Kabinete nicht abhalten, mit den Bedenken hervorzutreten, die das sächsische Projekt bei ihm wachgerufen hat. Das Deutsche Reformprojekt basirt bekanntlich auf dem Grundgedanken, an Stelle des laut Bundesakte Desterreich allein übertragenen Vorsizes im deutschen Bunde ein Alternat des Vorsizes zwischen Desterreich und Preußen treten zu lassen. Daraus nun antwortet die österreichische Depesche, daß das Wiener Kabinete für den Fall seiner Einwilligung in das Alternat mit Preußen die Voraussetzung festhalte, daß der deutsche Bund dann in seiner Eigenschaft als Gesamtmacht sein Vertheidigungssystem auf die außerdeutschen Besitzungen Desterreichs und Preußens ausdehnen müsse. Frage man nun in Dresden, ob im gegenwärtigen Augenblicke ein Versuch, diese Voraussetzung zu verwirklichen, Aussicht auf Erfolg habe, so könne das Wiener Kabinete eine solche Frage nicht bejahen. Desterreich sehe kein Anzeichen, welches einen Dritten zu neuer Anregung des Gedankens einer Gesamtgarantie des Besitzstandes der deutschen Mächte ermuntern könne. Sei aber der Zeitpunkt hierfür in Deutschland noch nicht gekommen, so halte das Wiener Kabinete auch den Augenblick nicht für geeignet, zu Gunsten des Dualismus der Stellung Desterreichs als erste Macht in Deutschland zu entsagen. Das Alternat aber bilde die Bedingung der Verwirklichung des Dresdener Entwurfs, und da Desterreich die Motive nicht überzeugend finde, die Herr v. Beust zu Gunsten des österreichischen Verzichts auf den alleinigen Besitz im Bunde geltend macht, so werde hierdurch dem sächsischen Projekte jede Aussicht auf praktischen Erfolg entzogen. Die österreichische Note hebt ausdrücklich hervor, daß Desterreich die Eventualität des Alternats zulassen könne, nicht als Vorbedingung und Inhalt der Bundesreform, sondern nur als äußerstes, seinerseits dem Zwecke einer heilsamen und den obersten politischen Anforderungen entsprechenden Bundesreform zu bringendes Opfer. Die österreichische Note giebt indessen zu, daß die Hauptgedanken des sächsischen Entwurfs: eine größere Konzentration der Bundesstätigkeit und die Zuziehung eines repräsentativen Elements, sich leichter verwirklichen lassen würden, wenn auf den Wechsel der Bundesversammlung zwischen Nord- und Süddeutschland (Hamburg und Regensburg) schlug Herr v. Beust verzichtet, und Frankfurt als beständiger Sitz der Bundesversammlung beibehalten würde. In diesem Falle wäre es dann auch thunlich, das Alternat im Voritz der Bundesversammlung in solcher Weise eintreten zu lassen, daß es zwischen Desterreich, Preußen und einer dritten der übrigen deutschen Staaten vertretenden Regierung stattfände. Dies sind, wie uns versichert wird, die Hauptgesichtspunkte, welche Graf Rechberg in seiner Antwort auf die Mittheilung des sächsischen Kabinetts entwickelte. Die österreichische Depesche verweist wiederholt auf eine breitere, ihr beigelegte Auseinandersetzung, und soll von Seite des Herrn v. Beust eine Erwiderung hervorgerufen haben, worin er sein Projekt vertheidigt. Von österreichischer Seite erfolgte eine Duplik, doch scheint dieser Notenwechsel bis jetzt resultatlos geblieben zu sein. Jedenfalls wird aus alledem die Stellung des Grafen Rechberg zur Frage der Bundesreform erkennbar, und wird dadurch die bisherige Annahme widerlegt, daß Desterreich das Alternat im Voritz am Bunde um keinen Preis zulassen wolle. Der Preis dieses Alternats ist im Obigen ganz genau angegeben, er besteht in der Ausdehnung des Vertheidigungssystems des deutschen Bundes auf die Gesamtheit der Territorien der zwei deutschen Großmächte.

[Tagesnotizen.] Das philosophische Doktoren-Kollegium in Wien hat in der Frage der Aufnahme der protestantisch-theologischen Fakultät in die Universität sich der theologischen Fakultät angeschlossen, das heißt gegen die Einverleibung votirt. — Der Prager „Cas“, der bekanntlich unter dem Einflusse des Dr. Pintas seit Neujahr für die Februarverfassung eintritt, wurde bereits in der ezechischen Ressource verbrannt. — Den beiden ungarischen Witzblättern, deren Redakteure militärgerichtlich verurtheilt wurden, ist eine Kaution von 5000 Fl. abgefordert worden. Der Verleger des „Bolond Miska“ hat diese Kaution bereits erlegt, während „Fekete Lede“ eingehen wird. — In Arad wurde am 4. Goethe's „Faust“ in ungarischer Sprache gegeben. — Aus dem Thurotzer Komitat wird geschrieben, daß in der dortigen Ortshaupt Kossuth Frau Anna Kossuth, eine Verwandte des ehemaligen Diktators Ludwig Kossuth, gestorben ist und dessen Söhne jene Hälfte ihres Besitzes, welche sie seit vielen Jahren als Wittwengut besaß, als Vermächtniß hinterlassen hat. — In Istrien sind wegen der Traubenkrankheit und wiederholter Missernten die Steuererlässe erlassen worden. — Der Kaiser soll dem Feldzeugmeister

v. Benedek die Summe von Einer Million Gulden zur Errichtung eines großen Militärhospitals für Lombardo-Venetien überwiesen haben. — Der Redakteur des „G. di Verona“, Herr Perego zeigt an, daß ihm mit Erlaß vom 26. Dezember v. J. untersagt worden ist, seinem Journal den Titel „Foglio de la Confederazione italiana“ beizulegen, indem derselbe gegenwärtig gänzlich unpassend sei.

Sachsen. Kassel, 13. Jan. [Erklärung.] Der Kurfürst hat die durch den Bürgermeister Baupel als Alterspräsidenten der entlassenen Versammlung der Mitglieder zur Zweiten Kammer übergebene, von 44 dieser Mitglieder unterzeichnete Adresse dem Ministerium des Innern zur Zurückgabe an Herrn Baupel überwiesen. So ist nun also auch dieser Versuch, für die Bitten des Volks einen Weg zu dem Herzen des Regenten zu finden, mißlungen. Die Erklärung, welche für den nun eingetretenen Fall der Nichtannahme der Adresse von den 44 Unterzeichnern derselben vereinbart ist, ist folgende: „Wir, die unterzeichneten Abgeordneten zur Zweiten kurhessischen Ständekammer, legen hiermit, da wir durch die eingetretene Entlassung an der beabsichtigten förmlichen Berathung und Beschlußfassung in der Verfassungsangelegenheit verhindert worden sind, folgende feierliche Erklärung nieder: 1) Wir vermögen die gegenwärtig berufenen Stände nicht als die verfassungsmäßigen Landesvertreter anzusehen, halten dieselben namentlich zur Vornahme von Landtagsgeschäften nicht berechtigt. 2) Wir halten es im unzertrennlichen Wohl des Landesfürsten und des Vaterlandes für dringend geboten, daß das bis ins Jahr 1850 in anerkannter Wirksamkeit bestandene, auf verfassungsmäßigem Wege nicht geänderte Verfassungsrecht des Landes, mit Einschluß des Wahlgesetzes vom 5. April 1849, sofort in seinem vollen Umfange auch thatsächlich wieder in Geltung gesetzt werde. 3) Wir sprechen unsere Ueberzeugung aus, daß die nach dem Wahlgesetz vom 5. April 1849 zu berufende Landesvertretung bereit sein wird, zu nothwendigen oder zweckmäßigen Abänderungen des Verfassungsrechts in ordnungsmäßiger Weise mitzuwirken. 4) Wir halten es aber zur baldigen Erledigung der Verfassungsfrage und zur dauernden Beruhigung des Landes für unerlässlich, daß von Sr. K. H. dem Kurfürsten ein Ministerium ernannt werde, welches das Vertrauen des Volks hat. — Diese Urkunde soll seiner Zeit veröffentlicht werden.“

Großbritannien und Irland.

London, 12. Januar. [Das Verhalten des amerikanischen Unionschiffes „Tuscarora“] im Hafen von Southampton giebt dem „Morning Herald“ neuen Anlaß zu Klagen über die Regierung von Washington und ihre Offiziere. „Untere amerikanischen Vetter“, sagt das Toryblatt, „haben, wie es scheint, nicht die Fähigkeit, durch Erfahrung klüger zu werden. Selbst die unangenehme „Trent“-Rektion ist schon vergessen, und ihre Flotten-Offiziere glauben sich über das Völkerrecht wie über die Regeln zivilisirter Kriegsführung hinwegsetzen zu können. Sie haben im Fall der „Eugenia Smith“ dieselbe Dummheit wiederholt, die sie in diesem Augenblicke widerstrebend gut machen; und ungewiß durch die schneidende Zurückweisung, die sich der gesetzlose Kapitän des „Tuscarora“ von französischem Gouverneur von Martinique zugog, moßt die „Tuscarora“ sich an, mitten im Frieden den britischen Hafen von Southampton zu blockiren. Die amerikanische Regierung hat schon Spione in London und Liverpool, und weil der konsöderirte Kreuzer „Rahville“ zufällig im Doek von Southampton liegt, hält sie es für recht, den „Tuscarora“ herüberzuführen; um mit frecher Verhöhnung jedes völkerrechtlichen Prinzips im Hafen selbst den „Rahville“ aufzulauern und den Frieden der Königin im Bereich britischer Gerichtsbarkeit zu brechen. Wir wundern uns, daß die Regierung noch nicht die Behörden von Southampton beordert hat, der „Tuscarora“ anzuzeigen, daß sie entweder den Hafen sofort verlassen, oder bis 24 Stunden nach der Abfahrt des „Rahville“ im Hafen bleiben muß. Wenn dies noch nicht geschehen ist, müssen wir sagen, daß das Ministerium seine Pflicht gröblich verabsäumt und das Land in ein schweres Vergehen gegen das Völkerrecht verstrickt hat, ein Vergehen, das um so unehrenhafter ist, als es gegen eine Macht begangen wird, die ganz außer Stande ist, Genugthuung zu verlangen und zu erzwingen. Wir müssen es den Konsöderirten nachrühmen, daß sie von Anfang an Alles sorgfältig vermeiden haben, was unsere Regierung hätte belästigen oder in Verlegenheit setzen können. Der „Rahville“ oder „Sumter“ hatte eben so viel Recht, als der „San Jacinto“ haben kann, britische Schiffe zu durchsuchen; aber sie haben es nicht gethan. Ihr Benehmen zeichnete sich stets durch strenge Beobachtung all jener Regeln internationaler Artigkeit und zivilisirter Kriegsführung aus, die von ihren Feinden systematisch verlegt würden. Während die föderalistischen Schiffe überall auf einzelne Bürger der Konsöderation Jagd machten, um sie zu verhaften und als Rebellen zu behandeln, haben der „Sumter“ und „Rahville“ alle auf amerikanischen Prisen gefangenen Leute wieder freigelassen. Kurz, der Norden hat den Krieg zur See wie ein Privat und zu Lande wie ein Wilder geführt, während der Süden wie eine gesittete Nation auftritt. Es wäre daher jetzt Englands doppelt unwürdig, wenn es seine Neutralität von dem stärkeren der beiden Theile zum Nachtheil des schwächeren verlegen ließe; wenn es die Regeln des Gaffrechts gegen die Landleute des Kommodore Tatnall zu Gunsten der Landleute des Kapitän Wilkes brechen wollte.“

Frankreich.

Paris, 12. Jan. [Die französischen Freimaurer] haben jetzt endlich einen Großmeister erhalten und zwar direkt aus den Händen des Kaisers. Bisher wählten sich dieselben ihren Großmeister selbst; es scheint jedoch, daß die letzte Wahloperation, die bekanntlich zu Streitigkeiten Anlaß gab und die kein Resultat lieferte, die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Gesellschaft hinlenkte, und es ihr wünschenswerth erschienen ließ, derselben, wie auch der Gesellschaft St. Vincent de Paul, ihre Zentralgewalt zu nehmen. Zum wenigsten stellte das Birkularschreiben des Ministers gegen die Freimaurerei in Aussicht. Auf beiden Seiten wurden aber, wie aus dem heutigen Dekret im „Moniteur“ hervorgeht (S. Nr. 10), Konzessionen gemacht. Die Regierung läßt dem Großen Orient seinen obersten Leiter, der von der Gesellschaft mit ganz außerordentlichen Gewalten ausgestattet ist, die Freimaurer geben dagegen das Wahlprinzip auf und empfangen aus den Händen des Kaisers ihren allmächtigen Großmeister. Der Große Orient verliert dadurch natürlich bedeutend an seiner Wichtigkeit; die Einheit

in der obersten Gewalt bleibt aber doch zum wenigsten erhalten. Der Großmeister, den der Kaiser dem Großen Orient gegeben hat, ist Marschall Magnan, Oberkommandant der Armee von Paris. Auf welche Weise diese Ernennung vor sich ging, ob der oberste Rath den Marschall in Vorschlag brachte, oder der Kaiser denselben einfach selbst wählte, wissen natürlich nur die in die Geheimnisse des Ordens Eingeweihten. Wenn man übrigens den umlaufenden Gerüchten Glauben schenken darf, so war Magnan vor acht bis zehn Tagen noch nicht Freimaurer und durchlief im Sturmschritt die 31 Grade, die zwischen dem einfachen Lehrling und dem Großmeister liegen. Die Ernennung des Großmeisters, dessen Gewalten früher bis zu seinem Absterben dauerten, der dann auf sieben Jahre gewählt wurde, wird jetzt alle drei Jahre stattfinden. Die jedesmalige Ernennung geschieht durch den Kaiser; und das Institut der Freimaurer ist somit in das Regime eingetreten, das mit wenigen Ausnahmen allen früher unabhängig gewesenen Instituten in Frankreich angepaßt ist.

[Tagesbericht.] Ein heute im „Moniteur“ publizirtes kaiserliches Dekret vom 27. Dez. erklärt, daß die Armees- und Marineoffiziere, welche in Folge von im Dienste erhaltenen Blessuren amputirt werden mußten, sobald sie in die Ehrenlegion aufgenommen werden, bei ihrer Verabschiedung das den Rangstufen des Ordens zugewiesene Gehalt vom 1. Jan. 1861 berechnen und ausgezahlt erhalten sollen. — Die durch das Gesetz vom 17. Juli 1857 eingeführte Transmissionssteuer für Aktien und Obligationen fremder Gesellschaften u. s. w. ist durch kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage so regulirt worden, daß, wenn die Aktien zugleich im Auslande und in Frankreich zirkuliren, nur die Hälfte des Gesamtkapitals, wenn die Aktien aber notorisch nur in Frankreich umlaufen, das Ganze besteuert werden soll. — Der Unterricht in der hebräischen Sprache ist bisher Sache der Professoren an den theologischen Fakultäten und daher wesentlich mit ein dogmatischer gewesen. Der Unterrichts-Minister hat es nun aber für zweckmäßig gehalten, am College de France eine Professur für hebräische Philologie, welche auf die Theologie und ihren Dogmenstreit gar keine Rücksicht nimmt, zu errichten. Auf einen dieserhalb an den Kaiser gerichteten Bericht, der heute im „Moniteur“ steht, ist Hr. Renan durch Dekret vom gestrigen Tage zum Professor der hebräischen, chaldäischen und syrischen Sprache am College de France ernannt worden. — Die Sperung des Hafens von Charleston, über welche der „Moniteur“ gestern einen lauten Schrei des Unwillens ausstieß, ist, wenn immer ein Akt der Brutalität, doch gewiß nicht unzulässiger, als das Bombardement einer Stadt. Die „Independance“ hebt dies ausdrücklich hervor und meint, daß, wenn die Südstaaten Kriegspartei sind, die Versenkung der 16 Schiffe eben zum Kriegsgebrauch gehöre, daß aber, wenn die Südstaaten eben nur Rebellen sind, die Union mit ihren Häfen machen kann, was sie will. — Die Generale Charner, Page und Lafon sind vorgestern von Cochinchina in Frankreich wieder angekommen. — Die „Patrie“ dementirt im Austrag der portugiesischen Gesandtschaft die von dem „Constitutionnel“ gegebene Nachricht, daß zwei hiesige Aerzte zur Behandlung der Mitglieder der königlichen Familie nach Lissabon berufen worden seien. Es wird dabei mitgetheilt, daß gegenwärtig der Gesundheitszustand der königlichen Familie nichts zu wünschen übrig lasse. — Die Pariser Sternwarte hat ein Telegramm aus Petersburg erhalten, wonach am 8. Jan. in Pulkowa der Astronom Wiewse einen teleskopischen Kometen entdeckt hat.

[Der Kultusminister Rouland] sieht sich durch ein Schreiben des Bischofs von Arras veranlaßt, auf das bereits von ihm behandelte Thema über das Verbot, unmündige Kinder in die religiösen Gemeinden anzunehmen, noch einmal in einem langen, vom „Moniteur“ wiedergegebenen Briefe zurückzukommen. Der Minister beschränkt sich darauf, die von dem Bischof von Arras gegen das ministerielle Birkular eingereichten Beschwerden zu beantworten, ohne auf die allgemeine Streitfrage selbst einzugehen, und er glaubt, zu diesem Zwecke, an einem im Jahre 1860 gegen die Redemptoristen eingeleiteten Prozeß erinnern zu müssen, der die Schließung eines in Douai gegründeten redemptoristischen Klosters in Folge hatte. Einer dieser Geistlichen, der P. Bazier, war beschuldigt, zur Verleitung eines unter Vormundschaft der Mutter stehenden unmündigen Mädchens, Antoinette Lepère, beigetragen zu haben, und obgleich die Justiz in den ihr bekannten Thatfachen den Charakter eines solchen Vergehens nicht fand, erklärte sie dennoch, daß diese Thatfachen eine flagrante Verletzung des Familienrechts und der elterlichen Autorität bekundeten. In diesem Vorfalle allein sieht der Minister schon eine genügende Rechtsfertigung für das von ihm erlassene Birkular. Was die persönlichen Angriffe anbelangt, die von dem Bischof von Arras an ihn gerichtet worden, so weist der Minister die bischöflichen Aussagen durch eine einfache, aber sehr entschiedene Negation von sich ab. Er erklärte, daß er nie daran gedacht habe, „die heiligen Gemeinden den verleumdenden Angriffen preiszugeben, daß er nie eine allgemeine Diffamation gegen dieselben“ im Sinne gehabt, „und daß sein Birkular keine „freiwillige Beleidigung für das Bischofthum“ sein solle. Er habe nur bezweckt, im Interesse der Familienruhe, die übertriebenen Ansprüche des geistlichen Proselytismus zurückzurufen.

[Ueber die deutschen Bundesreformbestrebungen] schreibt der Münchener Korrespondent des „Moniteur“: „Die Regierung der deutschen Mittelstaaten können sich wahrhaftig keine Illusionen über die vorwaltenden und an den Ufern der See bereits triumphirenden Ansichten machen. Es ist das lebhafteste Erwachen aller der früheren Bestrebungen von Erfurt und Gotha, das Werk des Herrn v. Radowitz im Abtatsch (sous-oeuvre); die an alle zukünftigen Klienten Preußens gestellte Forderung, auf jede politische, diplomatische und militärische Selbstbestimmung zu verzichten. Solche mit einer merkwürdigen Gleichgültigkeit an den Tag gelegten und mit der Reorganisation der preußischen Armee zusammenfallenden Pläne sind wohl geeignet, die Würzburger Bedenklich zu machen. Andererseits sind auch die Freunde eines souveränen Parlaments in Frankfurt mit einer Zentralgewalt, das ohne Unterschied die großen und die Kleinen in Schutz nimmt und, so zu sagen, die Starken und die Schwachen unter dem Szepter einer ideologischen Demokratie gleich macht, über die absorbirende Politik Preußens und über die ihnen zugetheilte Rolle besonders bestürzt. Sie merken das etwas spät, und werden aus falscher Scham nicht einmal den Muth haben, sich zu beklagen. Uebrigens gehen die Dinge dieser Welt nicht immer in der Richtung, die man

ihnen anweisen will; die bestangepönten Intriquen, die besten Wahrscheinlichkeitsrechnungen werden oft durch die Ereignisse ver- eitelte. Deutschland, das vom Durste nach Aenderungen und Neue- rungen gequält zu sein scheint, hat sich noch nicht genug gesammelt, als daß es möglich wäre, heute in seiner Zukunft zu lesen und im Voraus den Zyklus seiner Umgestaltung zu zeichnen.

Paris, 13. Jan. [Telegr.] Aus Rom wird gemeldet, daß Schigi nach Paris abgereist ist.

Italien.

Rom, 5. Jan. [Französische Note.] Der „Tr. Itg.“ wird von hier folgendes mitgetheilt: „Die französische Regierung hat an die päpstliche eine zweite Note gerichtet, worin sie den Unterschied hervorhebt, der zwischen der Freistadt, welche letztere ein- st der Familie Bonaparte gewährte, und dem Aufenthalte der neapo- litanischen Königsfamilie in Rom bestehe. Die Familie Bonaparte habe sonst nirgends Zuflucht finden können, während der neapoli- tanischen Königsfamilie, welche mit mehreren souveränen Häusern verwandt sei, die Wahl eines anderen Aufenthalts nicht schwer falle. Auch sei die Familie Bonaparte nicht mit Thronansprüchen aufgetreten und habe daher die Ruhe keines Landes bedroht, wäh- rend König Franz als legitimer Präsident auf den neapolitanischen Thron in Rom lebe und seine Gegenwart mithin zu fortwährenden Unruhen Anlaß gebe.“

Forli, 1. Jan. [Politische Mordthaten.] Endlich ist nach zwanzigtägiger Verhandlung über die (sogenannten politi- schen) Mordthaten, die im Jahre 1859 hier begangen wurden, von dem Schwurgerichtshofe dahier der Spruch gefällt worden. Es ist bekannt, daß als Anstifter und Urheber dieser Untathen von der öffentlichen Meinung das geheime National-Komitee bezeichnet wurde, in welchem Major Balzania den Vorsitz führte. Dieses Ko- mité hatte allenhalben Furcht und Entsetzen verbreitet. Es war eine ausgedehnte Verbindung, die den Zweck hatte, das „Vaterland von seinen einheimischen und fremden Tyrannen zu befreien“, und kein Mittel hierzu für geeigneter hielt, als den Dolch des Mörders. Acht Individuen befanden sich auf der Anklagebank, alle Meuchel- mörder mit voller Ueberlegung. Der Angeklagte Siboni äußerte: er habe geglaubt, die Pflichten eines guten Bürgers zu erfüllen, wenn er den Befehlen der Gesellschaft, deren Mitglied er gewesen, unbedingt gehorcht. Für den Hauptangeklagten Balzania führte der Advokat und Abgeordnete Brofferto die Vertheidigung. Anfangs schilderte er die politischen Zustände der Romagna im Beginn des Jahres 1859 und behauptete, daß Balzania nie Befehle zu Mord- thaten ertausen habe. Wenn dies aber auch der Fall gewesen wäre, so sei es aus politischem Fanatismus geschehen, der nach dem Ver- fasser des Buchs „I miei tempi“ kein Reat bilde. Auf die Erwie- derung des Staatsanwalts replizierte er mit sophistischer Unter- schelung, und behauptete, daß der politische Mord eine heilige Sache sei, wenn er begangen werde, das Vaterland von Tyrannen zu be- freien. Er führte Brutus, Charlotte Corday u. s. w. an. Die Argumentationen der andern Advokaten waren von ähnlicher Art. Außer Siboni, der mehrere Mordthaten begangen, Brannelli, der eines Mordes überwiesen, und Pazzini, der sein politisches Opfer verwundet hatte, wurden alle übrigen Angeklagten freigesprochen. Siboni und Brunelli wurden wegen milderer Gründe zur Zwangs- arbeit auf Lebensdauer verurtheilt, Pazzini zu sechsmonatlicher Haft. So endigte das blutige Drama, welches aus allen Gegenden der Romagna eine Menge Zeugen und Zuschauer nach Forli herbeizog und so viel Aergerniß verursachte. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 12. Jan. [Telegr.] Marshall Serrano ist zum Herzoge ernannt worden. — Daß der amerikanische Konsul gegen die Aufnahme des „Sumter“ ins Seearejnal von Cadix (Behufs Reparatur seiner Havarie) protestirt habe, ist un wahr.

Rußland und Polen.

Warschau, 11. Januar. [Der Prozeß gegen Bialobrzestki.] Die heutigen Blätter enthalten die offizielle Darstellung des Prozesses gegen den seit Anfang November gefangen sitzenden Prälaten Bialobrzestki. Das Aktenstück lautet wie folgt:

Allerhöchste Bestimmung des kriegsgerichtlichen Prozesses gegen Anton Bialobrzestki, Prälaten und Archidiononus des Metropolitankapitels zu Warschau. Nach dem Hinscheiden des Erzbischofs Fjalkowski wählte das Kapitel der Erz- bischofliche Warschau zum Amte eines Administrators den Prälaten Bialobrzestki, welcher dasselbe übernahm und die mit demselben verbundenen Funktionen voll- zog, ohne der vorgeschriebenen Ordnung entsprechend von der Regierung bestä- tigt zu sein, wie dies in solchen Fällen, sowohl in der Warschauer, als in den andern Diözesen des Königreichs und des Kaiserreichs beobachtet worden war. Am (3.) 15. Oktober traten die allbekannten Ereignisse in der Kathedrale und in der Bernhardenkirche ein. Ohne jegliche Unterbrechung derselben, und nur auf die Angabe der Priester dieser Kirchen gestützt, erklärte der Prälat Bialobrzestki diese Kirchen für entweiht, befahl dieselben zu schließen, und nach diesem leicht- sinnigen Verfahren brachte er eine Forderung wegen einer förmlichen Verifikation der Episcopatskirche der Vorfälle ein. Hiermit sich nicht begnügend und ohne die Verfügung der Regierung wegen des obigen Verlangens abzuwarten, befief der Prälat Bialobrzestki ohne Rücksicht auf den bereits erklärten Kriegszustand das Kapitel, um sich, wie er behauptete, noch über andere Maßregeln zu be- rathen, welche ähnlichen Ereignissen vorbeugen sollten. Zu diesen Beratungen wurden nach dem eigenen Geständniß Bialobrzestki's Geistliche der Warschauer und anderer Diözesen, welche kein Stimmrecht im Kapitel besitzen, zugelassen. Gleichwohl nahmen an dieser ungesetzlichen Versammlung Laien Antheil. Der Prälat Bialobrzestki widerlegte sich nicht nur keineswegs dem Zusammenritt dieser ungesetzlichen Versammlung, sondern er ließ nach seinem eigenen Geständ- niß einige nicht stimmberedigte Geistliche zur Abgabe ihres Gutachtens im Ka- pitel zu. Im Besitz der Vollmacht, sogar dem Gutachten des Kapitels nicht nach- zugeben, bei gelegentlicher Erfüllung der ihm zeitweilig anvertrauten Pflichten, welche sich jedoch nur auf laufende Geschäfte bezogen, ließ sich der Prälat Bialobrzestki nach solchen ungehörigen und geschwindigen Beratungen, gleichsam in Folge eines allgemeinen Beschlusses der zugelassenen und theilweise sogar von ihm berufenen Versammlung zur Anwendung einer Maßregel hinreißten, wozu ihn nach seinem eigenen Geständniß kein Gesetz ermächtigte, wozu er keine rechtmäßige Vollmacht hatte oder haben konnte, nämlich: er ließ alle katho- lischen Kirchen in Warschau schließen. Diese Verfügung erbaute unverhörter Weise und auf unbestimmte Zeit alle Christen römisch-katholisch nach dem Glauben der Segnungen des Gottesdienstes, und da dieselbe unverzüglich nach den in den beiden genannten Kirchen vorgenommenen Ereignissen erlassen wurde, so mußte sie einen allgemeinen und äußerst ungünstigen Eindruck auf die Ge- müther hervorzubringen, indem sie als eine Folge dieser in fallendem Licht dar- gestellten Ereignisse, ohne die geringste Feststellung dessen, was wirklich vor- gefallen war, erschien. Die eigenmächtige Schließung der Kirchen unter den dieser Handlung vorhergehenden Umständen, nämlich: dem von der Geist- lichkeit nicht verbinderten Abhängen entstellter Hymnen, was nach den eigenen Worten Bialobrzestki's, eine Verhöhnung des Gotteshauses war; und bei der hartnäckigen Weigerung der Menge, sich aus den Kirchen zu entfernen, gab einen neuen Anlaß zur Aufregung und somit auch zu einem blutigen Konflikt, was die Regierung mit allen Mitteln zu vermeiden bemüht war. Nachdem der Prälat Bialobrzestki zu den angegebenen Mitteln griff, verlegte er zu jeder Zeit, um so

mehr aber unter den geschilderten Umständen, offenbar eben sowohl seine geistli- chen Pflichten, als auch die Schuldigkeit eines treuen Unterthanen gegen den Kö- nig und das Vaterland. Für diese Handlungen wurde der Prälat Bialobrzestki in Folge der Erklärung des Kriegszustandes vor das Feldkriegsgericht gestellt. Vor diesem letzte Bialobrzestki zu seiner Rechtfertigung anfangs folgendes Ge- ständniß ab: 1) Weil in den Kirchen zu St. Johann und der Bernharden- kirche Anreitzungen ausgeführt wurden, was eine Entehrung des Gotteshauses nach sich ziehe, so habe er sich vor einem ähnlichen Vorfall in anderen Kirchen ge- fürchtet, um so mehr, da die Warschauer Kirchen Töchter der Kathedralkirche seien, und dem Beispiel der Schließung jener folgen müßten, um sich vor Ent- heiligung zu schützen; 2) Er habe die Bürgerschaft, um die er gebeten, um die an- gedeuteten Vorfälle zu umgehen, nicht befehlen und nicht erhalten. Später jedoch erklärte Bialobrzestki vor dem Kriegsgericht, er sei zu Schließung der Kirchen bewegt worden, „um die Entheiligung der Gotteshäuser durch das Abhängen der verbotenen Kleider darin nicht zuzulassen, welchem Vorkommen gegenüber die Geistlichkeit keine Macht gehabt habe.“ Was nun den ersten Punkt betrifft, so konnte die Erklärung Bialobrzestki's nicht als begründet angenommen werden, da die Schließung der Kirchen im Allgemeinen zur vermeintlichen Sicherstellung derselben vor den vorausgesetzten Vorfällen nach dem eigenen Geständniß Bialobrzestki's durch das Gesetz nicht vorgeschrieben ist, und Bialobrzestki zu die- ser Handlung keinerlei Recht hatte; die Entheiligung der Gotteshäuser selbst aber war mit nichts erwiesen und konnte vor einer förmlich und unparteiischen ausgeführten Untersuchung nicht erwiesen werden. Was zweitens die von Bialobrzestki geforderte Bürgerschaft, behufs der ferneren Verhinderung der ange- deuteten Vorfälle betrifft, so bestand dieses Verlangen in der verwegenen For- derung, daß alle in den Kirchen und sogar auch auf den Straßen Anreitzungen freigelassen werden sollten, in Anbetracht, daß dieselben nach dem Ausdruck Bialo- brzestki's die ganze Kirche bilden. Wiewohl Bialobrzestki später erklärte, daß er wirklich darunter nur die Freilassung derjenigen verstanden, welche in den Kir- chen anreitzten wurden und keinen Antheil an anderen Vergehen genommen hatten, so konnte doch auch diese Forderung nicht für begründet und die Verfügung Bialobrzestki's für rechtfertigend angenommen werden, da das Begehen eines Verbrechens oder einer Uebertretung in der Kirche die Straflosigkeit der Hand- lung nicht vermindert, sondern noch erhöht. Endlich konnte auch die letzte Erklä- rung Bialobrzestki's, welche mit der ersten in vollständigem Widerspruch steht, nicht berücksichtigt werden. Denn das Abhängen aufreißender Kleider während des Gottesdienstes, was Bialobrzestki selbst als eine Verhöhnung des Gotteshauses erkennt, hatte bei der Ohnmacht der Geistlichkeit, solchen Handlungen, welche die Religion beein- trächtigen und die öffentliche Ordnung gefährden, Einhalt zu thun, Maßregeln hervorzurufen sollen, um die schrecklichen Folgen, auf welche die Anreitzungen abzielten, abzuscheiden, und unter diesen Umständen war Bialobrzestki durch sei- nen auf Unterthanentreue geleisteten Eid verpflichtet, der rechtmäßigen Forder- ung des damals funktionirenden Statthalters des Königreichs Genüge zu lei- sten. Das Feldkriegsgericht verurtheilte, nach Erwägung aller Umstände des Prozesses, den Prälaten Bialobrzestki kraft der Art. 96, 600 und 606 des ersten Buches des Militärstrafgesetzbuches (Ausg. v. 1859), nach Verlust seiner geist- lichen Würde, des St. Annen-Ordens zweiter Klasse und aller Standesrechte, zur Strafe der Erschießung. Der zeitweilige Oberbefehlshaber der ersten Armee erkaute das Urtheil des Feldkriegsgerichts als begründet an; jedoch in Anbe- tracht des vorgeschrittenen Alters und des kränklichen Zustandes Bialobrzestki's stellte er das Urtheil Sr. Majestät zur Allerhöchsten Entscheidung vor und überließerte das Schicksal des Angeklagten der Barmherzigkeit des Monarchen. Sr. Majestät hat nach Einsichtnahme von dem Prozeß befunden, daß der Prä- lat Bialobrzestki für die geschwindige Versammlung im Kapitel und die eigen- mächtige Schließung aller katholischen Kirchen in Warschau durch Urtheil des Feldkriegsgerichts gelegentlich zur Todesstrafe verurtheilt worden; aber gleich- zeitig gerühmt Sr. Majestät Allerhöchste dessen langjährige Verwaltung zahl- reicher geistlicher Aemter, unter vollständiger Anerkennung der geistlichen und weltlichen Behörde, seine unbescholtene Führung während des Aufstandes von 1831 und aller anderen Unruhen im Königreich, nicht minder endlich den Um- stand zu berücksichtigen, daß Bialobrzestki, im Fall die von ihm vorgedachten Entschuldigungen nicht genügen sollten, an die Barmherzigkeit des Monarchen appellirt hätte. Mit Rücksicht daher auf obige Umstände hat Sr. Majestät Al- lerhöchste zu beschließen gerührt, das Strafmaß auf Einschließung des Bialo- brzestki in eine Festung auf ein Jahr zu beschränken, ohne demselben seine geist- liche Würde und seinen Orden zu entziehen.

Der Kaiser hat somit einen neuen Beweis seiner Großmuth und Milde gegeben, und nach dieser Probe erscheint die Hoffnung, daß auch die übrigen Urtheile in gleichem Sinne ausfallen werden, um so mehr gerechtfertigt. Nachdem der Prälat, der die Schlie- ßung der Kirchen verordnet und damit einen so außerordentlich gefährlichen Schritt gethan hat, zu einjähriger Festungsstrafe be- gnadigt ist, dürfte für die gewiß weit geringfügigeren Vergehen der übrigen gefangenen Priester und der Bürger auf der Titabelle eine mehrmonatliche Untersuchungshaft wohl Strafe genug sein. Viel- leicht bringt der bevorstehende (russische) Jahreswechsel weitere er- sehnte Gnadenakte. (Schl. Z.)

Warschau, 12. Jan. [Bialobrzestki, Straßenerzesse; Postdebitentziehung.] Gestern ist Bialobrzestki, seinem Stande gemäß, nach der russischen Festung Bobruisk in bequemere Equipage abgeführt worden. Mancher der Verurtheilten oder noch des Ur- theils Harrenden wird sich wünschen, an seiner Stelle zu sein. — Nach der vierten vorgestrigen Vorstellung im Theater sind von un- nützen Huben mehrere Herren und Damen beim Herausgehen vor dem Theater, dem Rathhause gegenüber, ausgepöffen und mit Schnee und Steinen geworfen worden, worauf mehrere Verhaftungen stattfanden. — Außer dem „Gaz“ und der „Breslauer Zei- tung“ ist auch der „Patrie“ der Postdebit in Polen entzogen wor- den. (A. P. Z.)

Griechenland.

Athen, 4. Jan. [Das Erdbeben.] Fortwährend laufen traurige Nachrichten über die Wirkungen des Erdbebens ein. In Bostizza und Patras sind mehrere Häuser eingestürzt; im erstem Orte wurden 3 Menschen erschüttert, viele verwundet. Im Hafen von Amphissa ist das Meer weit gegen die Stadt vorgeedrungen. In allen korinthischen Häfen haben die Schiffe gelitten. In den griechischen Gewässern sind in den letzten Wochen zahlreiche Schiff- brüche vorgekommen.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 14. Januar. [1. Sitzung.] Eröffnung 2 1/2 Uhr. Am Ministerthum: Graf Pückler, v. d. Heydt und v. Bernuth. Herr v. Fran- kenberg, Ludwigsdorf eröffnet die Sitzung mit der Erklärung, daß, da das älteste Mitglied des Hauses den Vorsitz abgibt, er die Ehre habe, ihn einzunehmen. Meine Herren, fährt der Redner fort, bei dem Beginn des neuen Zeitabschnitts, in den wir treten, wendet sich unwillkürlich der Blick nach rückwärts. Seit der letzten Session sind 9 Monate verfloßen und in dieser Zeit sind viele ausgezeichnete Männer aus unserer Mitte heimgegangen, deren Heim- gang uns mit tiefem Schmerz erfüllt, deren Andenken wir jedoch stets in hoher Ehre halten werden. So vielfach das verbrecherische Attentat auf Sr. Majestät auch besprochen ist, muß es hier dennoch noch einmal erwähnt werden. Die allmächtige Hand der Vorsehung hat unsern Hg. Herrn beschützt, möge sie auch ferner ihm Beistand leisten in seinem schweren Beruf, möge sie auch uns leiten bei den schwierigen Beratungen, die uns bevorstehen. Unergründlich halten wir fest am starken Königthume, mit unverbrüchlicher Treue sind wir dem Hg. Herrn ergeben. Der Präsident fordert hierauf die jüngsten Mitglieder auf, sich behufs Konstituierung des Hauses ans Bureau zu begeben und verliest eine Hg. Kabinetordre, wonach die vom altbestehenden Grundbesitz präsentierten Herren Graf v. d. Schulenburg, v. Hallborn und v. Puffe ins Haus berufen werden. Die Vorlesung der Mitgliederliste ergibt 98 Anwesende, das Haus ist also beschluß- fähig. Eine Anzahl Mitglieder haben sich auf kürzere oder längere Zeit ent- schuldigt, darunter Hr. v. Kleist-Megow auf einige Tage, ebenso Hr. v. Zambor, der Herzog v. Württemberg auf die Dauer der Session. Minister v. Düse- berg lehnt für diese Session die Wahl zum Vizepräsidenten ab. Freiherr v. Geyffron beantragt gleich den ersten Vizepräsidenten mitzuwählen.

Das Haus schreitet zur Wahl des Präsidenten. Prinz zu Hohenlohe-Ingel- fingen wird mit 88 Stimmen gegen 5, welche dem Grafen Eberhard zu Stol- berg-Bernigerode zufallen, gewählt und erklärt sich mit Worten des Dankes zur Annahme bereit. Er bittet, das Haus möge ihm auch diesmal Nachsicht und Unterstützung angedeihen lassen, wie schon so oft früher. Er werde sich bestre- ben, die Pflichten seines Amtes zu erfüllen zum Wohle des Landes. Nachdem er im Namen des Hauses dem Alterspräsidenten Dank für dessen Mithaltung ab- gestattet, wird zur Wahl des ersten Vizepräsidenten geschritten, während die Wahl des zweiten Vizepräsidenten und die des Bureau's auf morgen verschoben bleibt, damit, eine Folge des Ablehnens von Seiten des Herrn v. Düseberg, die verschiedenen Fraktionen in Beratung treten können. Von 94 abgegebenen Stimmen fallen 75 auf den Grafen Eberhard zu Stolberg-Bernigerode, 18 auf den Herzog von Ratibor, 1 auf den Grafen Wartensleben. Graf Stolberg ist demnach zum ersten Vizepräsidenten gewählt und nimmt die Wahl dankend an. Damit wird die Sitzung um 3 1/2 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung auf morgen um 1 Uhr anberaumt.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 14. Jan. [1. Sitzung.] Eröffnung um 1 1/2 Uhr durch den Abg. Kühne. Seiner Angabe, daß er 1786 geboren ist und das älteste Mit- glied in der Versammlung zu sein glaubt, wird nicht widersprochen und er über- nimmt als Alterspräsident den Vorsitz mit dem Versprechen, daß er bestrebt sein werde, die Dauer des provisorischen Regiments möglichst abzukürzen. „Wir gehen mit Gott an unser Werk“, fährt derselbe fort, „und beginnen mit dem Aufse der Treue und Ehrerbietung gegen unsern König: „Er lebe hoch!“ Die Versammlung stimmt dreimal in diesen Ruf ein, und beginnt ihr Werk mit der Verlosung der Mitglieder in die sieben Abtheilungen. Wir brauchen diese Zeit, um uns ein wenig im Saale umzusehen. Außerlich hat sich nichts geändert und auch die Journalistentribüne ist in derselben schlechten Verfassung und Lage geblieben, so daß wir auch diesen Winter oftmals werden sagen müssen: Der Redner ist auf der Journalistentribüne unverständlich geblieben. Rechts von dem Präsidenten sitzen ganz in der Ecke die Mitglieder der konservativen Fra- tionen, daran reihen sich die Konstitutionellen, d. h. die Fraktion Grabow mit ihren Unterabtheilungen, die Mitglieder der früheren Fraktion Mathis; das Centrum nimmt die katholische Fraktion ein, die ganze linke Seite des Hauses mit Ausnahme der drei ersten Bänke links vom Präsidenten, wo die Polen ihren alten Sitz behaupten, ist von Progressisten okkupirt. Die Sitzung wird nach 2 1/2 Uhr geschlossen, nachdem der Alterspräsident mitgetheilt, daß die Abthei- lungen schon morgen an die Prüfung der Wahlen gehen sollen, damit es möglich wäre, schon übermorgen nach Prüfung der zur Beschlußfähigkeit erforderlichen Wahlen an die Konstituierung des Hauses gehen zu können. Von Ministern hatten Graf Schwerin, v. d. Heydt und Febr. v. Patow der Sitzung beigewohnt.

lokales und Provinzielles.

G Posen, 15. Jan. [Der Verein zur Unterstützung von Dekonomie-Beamten.] So lange in dem sozialen Leben der Völker und im Organismus der Staatseinrichtungen das Staatsrecht und dem Privatrecht noch getrennt bleibt, d. h. so lange dieses von jenem noch nicht absorbt ist (und ehe dieser Zeitpunkt eintritt, wenn er überhaupt jemals eintreten wird, dürfte noch eine sehr geraume Frist verstreichen), bleibt der Einzelne, um den Wechsel- fällen der unverhofften Ereignisse, die seine Existenz bedrohen können, abzuweichen, auf Selbsthilfe angewiesen, weil eben der Staat, dessen Angehöriger er ist, nicht in der Lage ist, auch nach dieser Seite hin ihn vor jeder Gefahr zu schützen. Ein Mittel zu dieser Selbsthilfe hat die Neuzeit in der Affoziation Einzelner gefunden, die nach ihrer Interessengemeinschaft sich zusammengruppiren und gesellschaftsweise dafür sorgen, daß die Separatwecke der Genossen- schaft erreicht werden, die zu erlangen den Mitgliedern unmöglich wäre, wenn sie sich nicht vereinigt hätten. Die Gefahr oder das eventuelle Unglück selbst läßt natürlich in den meisten Fällen sich nicht abwenden, wohl aber lassen sich seine Folgen paralyisiren. Das letzte Auskunftsmitel dafür ist das Geld und wird es immer bleiben, als der Maßstab und Repräsentant des Werths aller Dinge, um derentwillen das Leben überhaupt Reiz hat. Kleine Geldbeiträge in eine gemeinschaftliche Kasse von Bielea also, welche diese Leistung zur Zeit nicht drückt, und Zurückzahlung größerer Quoten aus diesem Fond an Wenige (Bedürftige) bleibt unter allen Um- ständen das Grundprinzip, auf welchem alle derartige Verschö- nerungs-, Versorgungs-, Vorsorgeanstalten, und wie sie sonst heißen mögen, aufgebaut sind. Es ist erfreulich, daß neben den vielen, schon bestehenden, gegenseitige Hülfe bezweckenden Anstalten auch in hiesiger Provinz sich ein Verein von Dekonomie-Beamten gebil- det, welcher auf der oben angedeuteten Grundlage sich zur Aufgabe gestellt hat: „stellenlos gewordene Beamten anderweit zu plaziren und invalidgewordene zu versorgen“. Zwiefach erfreulich aber ist es, daß der erste Impuls zur Gründung dieses Vereins von einem Komitee ausging, dessen Mitglieder der deutschen Nationalität an- gehören; obgleich andererseits, ohne das Verdienstliche dieser ur- sprünglichen Bestrebung an sich irgendwie zu verkennen, diese That- sache an sich einen besonderen Einfluß auf diesem gewiß durchaus neutralen Gebiete nicht haben kann. Genug, die Theilnahme zur Realisirung der angeregten Idee war, nachdem die erste öffentliche Aufforderung ergangen war, eine außerordentlich lebhafte und all- gemeine. Die Gesellschaft, die sich zu Johannis 1861 konstituirte umfaßt gegenwärtig 19 Kreise der Provinz mit einem vorläufig deklarirten jährlichen Beitrage von etwa 1700 Thlr., wovon bis jetzt 1150 Thlr. eingezahlt sind. Von dieser Summe sind statuten- mäßig gegen 700 Thlr. als zinstragendes Kapital der Gesellschaft angelegt. Die Mehrzahl der Mitglieder besteht jetzt aus Theilneh- mern, die der polnischen Nationalität angehören, aber gerade dieser Umstand kann mit zum Beweise dienen, wie richtig die Möglichkeit des Unternehmens im Publikum erkannt und wie allgemein das Vertrauen ist auf sein Fortbestehen und segensreiches Fortwirken, da in die Verwaltungsorgane der Sozietät Personen aus beiden Nationalitäten gewählt sind. Eine weitere Wirksamkeit konnte der Verein statutenmäßig bis jetzt noch nicht entfalten und durfte es geselich auch nicht, weil ihm die staatliche Genehmigung noch fehlt. Indessen sind Seitens des Vorstandes die erforderlichen Anträge bei der obersten Provinzial-Verwaltungsbehörde gemacht, und ha- ben eine wohlwollende Aufnahme gefunden. Es steht daher binnen Kurzem die polizeiliche Genehmigung des Instituts zu erwarten, sobald die eingeforderten gutachtlichen Berichte der Kreisbehörden bei der Zentralstelle eingegangen sein werden.

Kurz vor dem Inslebentreten der diesseitigen Anstalt hat sich ein ganz gleicher Verein in der Provinz Schlesien gebildet, der nach erlangter Befähigung sich bald so ausbreitete, daß er jetzt schon über ein Stammkapital von mehr als 20,000 Thlr. disponirt. Die Bestätigung des hiesigen Vereins ist um so eher zu erwarten, da er wörtlich die Statuten des schlesischen adoptirt hat. Es bleibt also nur zu wünschen übrig, daß alle Landwirthe und Gönner der Land- wirthschaft in untrer Provinz ohne Unterschied des Herkommens und mit Umgehung aller sonstigen trennenden Rücksichten, sich recht zahlreich an dem Unternehmen betheiligen, um den Verdacht von uns abzuwenden, als mangelte uns die richtige Einsicht in die Be- (Fortsetzung in der Beilage.)

dürfnisse der Zeit und der vorurtheilsfreie Gemeinfinn zur Anwendung der rechten Hülfsmittel zu deren Befriedigung. Lassen wir uns von unseren schlesischen Nachbarn nicht überflügeln, sondern gestehen wir durch Schließung des salsischen Landes um Herren und Diener offen ein, daß vernünftige Intimität zwischen Prinzipal und Beamten bei der Landwirtschaft eben so ersprießlich ist für beide Theile, wie in allen übrigen Branchen des allgemeinen Lebensverkehrs, in welchen die Verwaltung der Interessen des Eigentümers fremden Händen anvertraut werden muß. Der gedachte Verein aber zur Unterstützung von Dekonomie-Beamten im Großherzogthum Posen ist jenes Band, wie jeder Unbefangene aus dem Gesellschaftskontak sich überzeugen kann.

A — [Vorträge.] Am vergangenen Sonnabend hielt nach längerer unwillkürlicher Unterbrechung der Rabbiner Dr. Chronik wieder einen theologischen Vortrag über Zeitfragen, welcher den zweiten Cyklus solcher Vorträge hätte einleiten sollen. Der Vortrag war eine scharfe Strafrede darüber, daß innerhalb der hiesigen Judentheit im Vergleich mit derselben im übrigen Deutschland, gar zu wenig Sinn und Theilnahme für eine wissenschaftliche Auffassung des Judenthums vorhanden sei, die, gegründet auf eine geschichtliche Basis, allein geeignet wäre, dem Bewußtsein der Neuzeit gegenüber Stand zu halten. Der gelehrte Redner schen vorläufig, bis aus dem Schooße der Gemeinde heraus viele Männer kräftigen Willens sich ihm zur Seite stellen, seine Vorträge inhibiren zu wollen, was wir und gewiß Viele mit uns aufrichtig beklagen würden. Soweit wir indessen keine konsequente Energie bisher kennen gelernt haben, hoffen wir, daß er seine Bemühungen nicht aufgeben werde, die einmal in seinem freilich schweren und oft undankbaren Berufe liegen; daß aber auch andererseits unter seinen Glaubensgenossen immer noch Männer vorhanden sein werden, die ihm zum Zwecke einer wissenschaftlichen Beleuchtung ihres Glaubens wohl die Hand reichen würden.

— [Lissa, 14. Januar. Ueber den Glogauer Bahnhofbrand] gebe ich Ihnen nachstehend das, was mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden. Das Feuer kam gleich nach 12 Uhr und zwar im Vorzimmer zuerst zum Ausbruch. Das Gebäude bestand, da der Bahnhof der niederschlesischen Zweigbahn, und der damit vereinigten Oberschlesischen Bahngesellschaft innerhalb des Festungstrays liegt, in allen seinen Theilen aus Holz, bot also den Flammen eine so reichliche Nahrung, daß es in weniger als 10 Minuten total von denselben ergriffen war und jede Rettung unmöglich sein mußte. Mit dem Empfangsgebäude brannten sämtliche in demselben befindlichen Bureaus und Restaurationslokale, sowie der größere Theil des Perrons nieder. Von dem Inventarium und dem Mobiliar der ersten konnte auch nicht das Mindeste gerettet werden; daher auch alle Wertheffekten, Billets- und Vorräthe an Formularen mit vernichtet wurden. Während des gestrigen und heutigen Tages mußte die Billetaussgabe auf den nächsten Stationen vermittelt werden und ebenso die Personengehälte in Ermangelung von Formularen auf den anderen Bahnhöfen ausgefertigt werden. Die Expedition und Personenaufnahme geschäft einstellten in den in unmittelbarer Nähe des bis zur Erde niedergebrennten Bahnhofgebäudes gelegenen Schießhauslokalen. — Gebäude und Inventarium sollen ebenso, wie das Mobiliar der Restaurationslokale, letzteres auf die Höhe von 3000 Thlr., in der „Colonia“, schlesischen und anderen Feuersicherungs-Gesellschaften versichert sein. Der eiserne Geldschrank wurde ganz rothglühend aus dem Schutte gehoben, und ins Wasser gelegt. Vom Inhalte desselben wird wohl außer dem gemünzten Gelde sich kaum etwas erhalten haben. Ueber die Entstehungsweise des Brandes verlautes noch nichts Zuverlässiges. Behauptet wird, daß der Wächter des Nachtlokales dieses übermäßig gebeit habe, und daß dadurch ein Miß in dem gußeisernen Ofen entstanden sei, wodurch die nahen Holzheile entzündet worden seien. Der beschuldigte Wächter bestritt dies jedoch entschieden. Mehrere technische Beamten der Oberschlesischen Direktion begaben sich bereits gestern nach dem Schauplatz des Brandes. Da beide Direktionen an dem Inventarium und den Kassenbeständen participiren, so wird es sehr schwer halten, die beiderseitigen Verluste und Ansprüche festzustellen. Ob der neue Bahnhof an derselben Stelle oder auf dem etwa 1/4 Meile davon entfernten, außerhalb des Festungs-Rayons gelegenen zweiten Bahnhof-Terrain angelegt werden wird, dürfte erst später entschieden werden. Die Bewohner Glogaus, die hierbei in ihren Interessen sehr wesentlich betheilig sind, werden sicherlich Alles auf-

bieten, um eine noch weitere Verlegung des Bahnhofes von der Stadt zu verhindern. Es liegt daher nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß das neue Empfangsgebäude innerhalb der Stadt, auf die sogenannte Dominfel zu liegen kommen wird, und daß nur die Gütergruppen, die Güterexpedition und die Maschinenbauanstalt in jene entfernte Gegend verlegt werden wird.

— [Bromberg, 14. Jan. [Schwurgericht; Theater.] Gestern wurde auf dem hiesigen Kreisgericht die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode für die Kreise Bromberg, Znowradow und Schubin unter dem Vorsitz des Appellationsgerichtsrathes Ditschfeld eröffnet. Die erste Verhandlung, welche das Interesse im Zuschauerraume sehr lebhaft in Anspruch nahm, betraf den hier im Sommer bei dem Uhrmacher Kraneis verübten Uhrendiebstahl. Auf der Anklagebank sahen wir einen anständig gekleideten Mann in den besten Jahren; daneben sitzt ein junges Mädchen, das sich soweit wie möglich in ihren Mantel hüllt und ihr Gesicht (der Kopf ist mit einem Hute bedeckt) sorgfältig den Zuschauern abzuwenden sucht. Die Angeklagten sind der Schlosser Karl Gottlob Bauer, auch Lange genannt, und die unerschrockene Maria Jasulski von hier, welche des schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle, der erheblichen Körperverletzung resp. der Hehlerei angeklagt sind. Das Leben des B. ist seit vielen Jahren ein Gewebe von Verbrechen aller Art; fünfmal ist er wegen schweren Diebstahls u. mit Festungs- und Zuchthausstrafen belegt worden. Nachdem er die letzte Strafe im Zuchthause zu Halle im Jahre 1859 verbüßt hatte, kam er hier nach Bromberg und logirte bei dem Schuhmacher Jasulski, mit dessen Tochter Maria er in ein näheres Verhältnis trat, nachdem er sich für einen Wirthschaftsinspektor aus Dornik ausgegeben hatte. Von hier aus unternahm B. namentlich mit einem Schwiegersohne des Jasulski, dem Tischlermeister Wilhelm Pohl, viele Reisen nach Ratel, Schweg, Schneidemühl und Berlin. Am 24. Juni v. J. Abends führte er hier bei dem Uhrmacher Kraneis einen bedeutenden Diebstahl an Uhren, wie seiner Zeit mitgeteilt wurde, aus, und flüchtete sich darauf nach Ratel, wo er von dem ihm nachfolgenden Gendarm Berger von hier im Ratel Postgebäude angehalten wurde. Bauer warf den Berger, nachdem er ihm vorher mit der Faust einige Stöße in das Gesicht versetzt hatte, zu Boden, zog einen Dolch hervor, und verfehlte damit dem Panoramabesitzer Schneider, den Berger zu seiner Unterstützung von hier mitgenommen hatte, drei Stiche in die linke Hand. Dann entfloh er wieder, indem er über einen 7—8 Fuß hohen Zaun kletterte, wurde aber bald in der Wohnung des Rathhaus-Kastellans, wohin er sich geflüchtet hatte, ergriffen. Die Wunden des Schneiders sind erst nach 7 Wochen geheilt, auch ist eine Unbeweglichkeit des Handgelenkes zurückgeblieben. In dem Hause des Postgebäudes hatte B. eine Zigarrenliste von sich geworfen. Während Schneider mit dem Verbinden seiner Wunden beschäftigt war, erschien dort ein Anderer, ohne Zweifel ein Genosse des B., und suchte die Zigarrenliste bei Seite zu schaffen, woran ihn Schneider jedoch verhinderte. Jener entkam indes und ist nicht ermittelt worden. In der Zigarrenliste befanden sich 17 Uhren, welche dem Kraneis gehörten. Fünf goldene Uhren fehlten ihm noch. Vor dem Untersuchungsrichter weigerte sich B. hartnäckig, seinen Namen zu nennen, und machte endlich allerlei falsche Angaben über seine persönlichen Verhältnisse, namentlich wollte er erst vor 14 Tagen aus Amerika zurückgekehrt sein. Seine hiesigen Verbindungen führten endlich auf die richtige Spur. Den Diebstahl bei Kraneis gesteht B. ein; er hat den Laden desselben mit einem Nachschlüssel geöffnet. Mit der Lokalkität hatte er sich dadurch bekannt gemacht, daß er vorher einen Uhrschlüssel kaufte. Zu seinen Genossen gehörte auch ein gewisser Peiser in Blandsburg, wie aus den vorgefundenen Schriften, namentlich aus einem Briefe an Fräulein Minna Peiser (die Briefe sind nämlich niemals direkt, sondern immer an Schwwestern oder sonst unverdächtige Personen adressirt gewesen) hervorgeht. Der Brief mit der Bemerkung: „eigenhändig zu bestellen“ enthält die Nachricht, daß August auf dem Bahnhofe in Bromberg angehalten. Weiter heißt es: „Von hier führe ich mit meinem Bruder nach Berlin. Montag Abend müssen wir in Berlin sein. Das Geschäft wird diesen Montag gemacht, es steht auf 12,000 Thlr. Vorräthig Alles bei Seite geschafft.“ Einen andern Blick in das Treiben der Diebesbande eröffnen die in Beschlag genommenen Diebeswerkzeuge. Bei Ergreifung des B. in Ratel nahm ihm Berger 14 Dietriche ab; außerdem sind auf dem Wege der Flucht, den B. genommen, noch 21 Dietriche gefunden worden. Ferner wurde ermittelt, daß der frühere Kiemergelle Franz Kozowski aus Znowradow, welcher sich hier einige Tage bei seinem Schwiegervater Martin Jasulski zum Besuche aufhielt, am 25. Juni v. J. eine Rute, 30 Pfd. schwer, nebst Rubert an Peiser in Blandsburg von Maria Jasulski abgeholt und hier zur Post gegeben hat. Der hiesige Polizeikommissar Zippel hat diese Rute bei dem Gastwirth Schaim Peiser in Blandsburg in Beschlag genommen. Dieselbe enthält 116 Dietriche und Schlüssel aller Art, 4 Stein- und Brecheisen, 2 Uhrfedersägen, 1 Stück Wachs mit einem Schlüsselabdrucke von Blei, 1 Amboß, 1 Hammer, 1 Schneidzettel, Feilen u. B. will zwar von dieser Rute nichts wissen, der in derselben vorgefundene Brief war jedoch, wie Peiser bekundet, mit dem Namen Bauer unterzeichnet. Wie gewinnbringend das verbrecherische Gewerbe gewesen sein muß, geht aus den vielen kostbaren Geschenken hervor, die B. der Maria Jasulski gemacht hat, namentlich

schenkte er ihr in ganz kurzer Zeit außer werthvollen Kleidungsstücken an Goldsachen eine goldene Zylinder-Damenuhr, 2 goldene Verlobungsringe, einen goldenen Kapselring, eine goldene Brosche, goldene Ohrringe u., welche Gegenstände er zum Theil bei dem hiesigen Goldarbeiter Breidenbach gekauft hat. Das Verdikt der Schwurjuror lautete auf schuldig und der Gerichtshof verurtheilte den Bauer wegen schweren Diebstahls in wiederholtem Rückfalle und erheblicher Körperverletzung zu 20 Jahren Zuchthaus und 10jähriger Stellung unter Polizeiaufsicht und die Maria Jasulski wegen Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis, zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr und zu einjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht. — Eine zweite gestern zur Verhandlung gekommene Untersuchungssache betraf den Wirthschaftsinspektor Franz Chadaß aus Diewierzewo im Kreise Wongrowitz wegen schweren resp. verurtheilten schweren Diebstahls. Derselbe wurde dafür mit 6 Jahren Zuchthaus und 3jähriger Stellung unter Polizeiaufsicht belegt. — Am Sonntag kam im hiesigen Stadttheater, wo das Stück „Gustav Adolph in München oder die Grabesbrant“ gegeben wurde, der Fall vor, daß kurz vor dem Ende des Schauspiels der Vorhang heruntergelassen werden mußte, da der Schauspieler, der einen Franziskanermönch darstellte, die erste Rolle so ins Posenhafte zog, daß ein anderer Mitspielender gänzlich aus dem Text gebracht wurde und weiter zu spielen sich weigerte.

Bermischtes.

* Stettin, 12. Januar. Der Schiffarbeiter Gottschalk, welcher im Herbst vorigen Jahres in der Breitenstraße ein Mädchen erstach, ist gestern vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt. * Borna, 11. Januar. Gestern hat die Eröffnung des neu umgebauten Hoftheaters stattgefunden; der Herzog hatte dazu den Theaterbaumeister C. Lig aus Berlin berufen, der den Umbau entworfen und ausgeführt hat. An Pracht und eleganter Ausstattung wetteifert das Theater mit dem Berliner Opernhaus und Victoria-Theater.

* In Deutschland erschienen im vergangenen Jahre 1198 Zeitungen, wovon in Anhalt 6, in Baden 29, in Bayern 238, in Braunschweig 61, in Bremen 10, in Frankfurt 12, in Hamburg 12, in Hannover 58, in Hessen-Darmstadt 32, in Hessen-Kassel 13, in Homburg 3, in Holstein 19, in Lippe-Deimold 4, in Lübeck 6, in Luxemburg 2, in Mecklenburg 2, in Nassau 9, in Oldenburg 10, im deutschen Reich 67, in Preußen 534, in Reuß 12, in Sachsen 90, in den sächsischen Fürstenthümern 35, in Schaumburg-Lippe 1, in Schwarzburg-Rudolstadt 8, in Waldeck 2, in Württemberg 39.

Angekommene Fremde.

Vom 14. Januar. HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer Graf Kwilecki aus Ober-Zelb, Inspektor Janowski aus Lissa und Kaufmann Weber aus Rawicz. STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer Graf Mycielski aus Zerlow und Gebrüder v. Zaraczewski aus Zaraczewo, Pr. Lieutenant v. Raumer aus Barchstedt, Kaufmann Schellhaus aus Breslau, Fräulein Sander und Fräulein Scheid aus Lissa. MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Partikulier Lavino und Rittergutsbesitzer Liman aus Sieroslaw, Gutsbesitzer und Lieutenant Rolin aus Gowarzewo, die Kaufleute Speyer aus Leipzig, Dewig, Nathenan und Praunisch aus Berlin, Luffenberg aus Köln, Siegfried aus Krefeld, Pinther aus Leipzig, Feldsied aus Bielefeld und Koller aus Weerane. BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Benzal aus Breslau, Derweiler aus Düren und Hirschberg aus Berlin, Agent Trommlitz aus Hamburg, die Rittergutsbesitzer v. Bronikowski aus Ruzhien und Strauven aus Pawlowice, Frau Rittergutsbesitzer Materne aus Schwakowo und Rentier Trostke aus Pawlowice. BAZAR. Gutspächter Wientawski aus Gory, Frau Gutsbesitzer Gräfin Storzewska aus Klein-Sejory, die Gutsbesitzer v. Zaraczewski aus Lelpe, Graf Melzyński aus Kotowo und v. Skwinski aus Polen. HOTEL DE PARIS. Inspektor Burghardt aus Polakawice, Bürger Radomski aus Gnesen, Gutsverwalter Wulkowski aus Glinno, Agronom Jeliński aus Prosfau, die Gutsbesitzer v. Czajkowski aus Stomycyce und v. Sempolowski aus Kretowo. HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer Gomolewski aus Czapel, Rittergutsbesitzer v. Jarzewski aus Myzyccyno, Rentier Silber aus Stettin, Kr. Ger. Rath Wolbeding aus Schwerin a. W., die Kaufleute Joseph aus Pleichen und Langenberger aus Berlin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Proclama.

Folgende Dokumente über bereits bezahlte Forderungen:

- a) das Dokument über die auf dem Antheile der August und Eva Behnkeischen Güter an dem Vorwerke Neuhoff Nr. 1 und 2, Rubrica III., Nr. 2, für Joseph Wollschläger eingetragenen 1800 Thlr. nebst 5 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1829, bestehend aus der gerichtlichen Schuldvertheilung d. d. Neuhoff den 30. Mai 1829 und dem Hypothekenscheine vom 28. Februar 1831;
b) das Dokument über die eben da Rubrica III. Nr. 3 für die königliche Offizier Wittwen-lasse eingetragenen 1374 Thlr. 7 Sgr. nebst 6 Prozent Zinsen vom 1098 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. seit dem 1. Oktober 1821, bestehend aus den Erkenntnissen des königlichen Landgerichts zu Bromberg vom 5. Juli 1827, des königlichen Landgerichts zu Gnesen vom 26. August 1828, des königlichen Ober-Appellationsgerichts zu Posen, publizirt den 7. Juli 1829, dem Ammisionale des königlichen Landgerichts zu Bromberg vom 22. April 1830 und dem Hypothekenscheine vom 28. Februar 1831.

Alle diejenigen, welche an diese Posten und die darüber gebildeten Dokumente als Eigentümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefeinhaber Ansprüche zu machen haben, werden aufgefordert, solche spätestens in dem auf den 1. Mai 1862 Vormittags 10 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Termine geltend zu machen, widrigenfalls dieselben mit ihren Ansprüchen präkludirt und die qu. Instrumente für amortisirt erachtet werden. Poln. Cronc, den 30. Dezember 1861.

Königl. Kreisgerichts-Kommission. I.

In meinem Institut sind 2 Stellen für 10—12jähr. Söhne aus guten Familien offen. Den Kindern das Vaterhaus möglichst zu ersetzen und ihnen Reife für Tertia zu geben ist mein Streben. Geehrten Anträgen sehe ich entgegen. Witschkowitz bei Militsch. Fr. Wandel, evangl. Pfarrer.

Kommissionsgeschäfte aller Art übernimmt gegen eine sehr mäßige Provision Max Warschauer, Schloßstraße Nr. 4.

Die Krugwirthschaft Nr. 11 in Lubin bei Kriewen, zu welcher 40 Morgen Acker und Wiesen gehören, soll aus freier Hand verkauft oder auch vom 15. Juli 1862 ab anderweit verpachtet werden. Kauf- oder Pachtlustige wollen sich persönlich oder in frankirten Briefen beim Dominium Lubin melden, wo sie die Kauf- resp. Pachtbedingungen erfahren werden.

Blühende Topfgewächse, so wie auch Blattpflanzen empfehle einem hochgeehrten Publikum in schönster Auswahl; auch fertige ich zu jeder Zeit alle Arten Bouquet's, Kränze u. geschmackvoll zu soliden Preisen. Albert Krause, Kunst- und Handlungsgärtner, St. Adalbert 40.

Arbeitsunfähige Pferde werden lebend oder todt zu den höchstmöglichen Preisen gekauft von der Zerzyer Fabrik. Frank, Fabrikbeamter.

Sonnabend den 18. Januar bringe ich mit dem Nachmittagszuge einen Transport Metzbrücker Kühe u. Kälber zum Verkauf nach Posen und logire in Budwigs Hotel. Klukow, Viehhändler.

Am 20. d. M. beginnt der Bodverkauf in meiner anerkannt sehr wohlreichen rein Rognetti-Stammherde. Auch habe ich circa 40 Stück Mutterkühe abzulassen, die nach der Geburt abzuschleppen sind. Bis Bahnhof Stettin werden die Thiere kostenfrei gelandt. Wilhelmshof bei Ledanitz in Pomern, den 8. Januar 1862.

Bülow.

Fünf fette Mastochsen stehen zum Verkauf: Dom. Chlewisk bei Samter. Ein Glashaus ist billig zu verkaufen gr. Ritterstraße 10, 2 Treppen hoch.

Die Fabrik künstlicher Blumen von F. Dmochowska im Bazar, 4. Ecken von der Wilhelmstr. empfiehlt zu der gegenwärtigen Saison ihr reichhaltig assortirtes Lager von Ballblumen nach den neuesten Pariser Façons gearbeitet. Bestellungen werden schnell effectuirt.

Glycerin ff. präparirt, in Fl. à 5 Sgr., als neu und bewährt für spröde und aufgesprungene Haut; Glycerin Soap. Reichhaltig an dem heilsamen Glycerin, bei rauher und aufgesprungener Haut, so wie als feinste Toilettenseife zu empfehlen, das Stück 5 Sgr.

M. Lejeune's Frostballen-Seife, das Stück à 3 Sgr.; Echt englisches Gichtpapier, à Blatt 2 Sgr.;

Königs Räucherpulver, à Fl. 5 Sgr., empfiehlt C. W. Paulmann, Wasserstraße Nr. 4.

Schwabentod! Dieses sonst ganz unschädliche Pulver tödtet nur die Schwaben nebst Brut und beseitigt diese Plage radikal. Nur allein zu haben in Schachteln à 5 und 10 Sgr. bei S. Spiro, Markt 87.

Fische! Leb. Stett. Hechte, Zander u. Barsben, Donnerstag Abend 6U. bill. h. Kleischhoff. Sahn-Baisers von heute ab täglich bei A. Tomski. Posen, Krämerstr. vis-à-vis der neuen Brothalle.

Wilhelmshof Nr. 12 sind zwei neu tapezirte Vorderstuben im Parterre bis zum 1. April dieses Jahres zu vermieten.

Ein möblirtes Zimmer ist Halbdorfstraße Nr. 10a. eine Treppe hoch zu vermieten.

Im Altemannschen Grundstücke Sapiechaplus Nr. 5/6 sind Remisen und Bodenräume sofort zu vermieten. Näheres im Auktionsbureau Breitestr. 20.

Berlinerstr. 13 beim Optikus Bernhardt schöne Wohnungen, jede 3 Stuben, Küche, so wie ein eleganter Laden mit groß. Schaufenster.

Gr. Gerberstr. 47 ist im 3. Stock von Ostern ab eine Wohnung, bestehend aus 2 tapez. Stuben nebst Küche für 50 Thlr. zu verm.

Ein Tanzlehrer wird gesucht. Adressen sub A. Z. poste restante Wittkovo.

Für ein Engros-Geschäft suchen wir einen Buchhalter und Korrespondenten. Kenntniß der polnischen Sprache erwünscht. A. Goetsch & Co. in Berlin.

Voigt gesucht. Für eine große Wirthschaft im Kreise Adelnau wird zu Georgi ein verheirath. rüstiger V. gesucht, der beider Sprachen mächtig, fertig schreiben und rechnen kann und in der Landw. erfahren ist. Selbst geschrieb. Anmelde. mit obngef. Angabe der Ansprüche sind zu richten an d. k. Postexpedit. zu Lepianno.

Ein junger Mann mit den nöthigen Schulkenntnissen, beider Landessprachen mächtig, kann sogleich oder zum 1. April als Lehrling eintreten beim Apotheker A. Pfuhl, Posen, Markt 37.

Eine Kademodell, die bereits in einem Geschäfte thätig war, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, kann sich melden bei Z. Zudek & Co., Neuestraße 5.

Ein junger Mann mit der nöthigen Schulbildung findet als Lehrling sofort eine Stelle beim Expeditur Moritz S. Auerbach.

Ein Wirthschaftsbelev wird gegen mäßige Pensionzahlung bald gesucht. Poln. Sprache und nöthige Schulbildung erforderlich. Näheres in der Erped. d. Btg. oder in Kröben poste rest. franco E. S.

Stud. phil. wünscht Stunden zu ertheilen. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition d. Z.

Vor einigen Tagen ist auf der Tour vom Rathshause nach der rothen Apotheke, der Bronnerstraße, von da über den Markt, die Neue- und Wilhelmstraße bis zur Post, ein silbernes Feuerzeug in Dosenform verloren gegangen. Auf dem Felle sind gothische Buchstaben C. W., auf einem der Deckel innerhalb der Name „Alex“ eingravirt. Der eheliche Finder wird ersucht, die Dose gegen 1 Thlr. Belohnung, Kanonenplatz Nr. 8 eine Treppe hoch abzugeben.

Die Herren Dekonomie-Inspektoren, Brau-, Brenn- und Ziegelmeyster, Förster und sonstige landwirthschaftl. Beamte, welche zum 1. April oder früher Stellung suchen, können sich zur Erlangung passender Engagements mit Abschrift ihrer Atteste an das landwirthschaftliche Agentur- und Anstellungskomitee von O. Braun in Berlin, Mauerstr. 8, enden.

Deutsche und französische Reich-Bibliothek des Friedrich Ebbecke (Günther'sche Buchhandlung) in Lissa.

Dieselbe ist über 6000 Bände stark, wovon circa 3000 Bände ganz neu! Alle neuen Bücher und Werke von allgemeinerem Interesse werden sofort mehrfach aufgenommen. — Für auswärtige Leser sind besonders günstige Bedingungen gestellt.

